Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1921

143 (23.6.1921)

Visual Library

No. 143 Karlsruhe, Donnerstag den 23 Juni 1921 41. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M einschl. 80 ₰ Zustellgebühr; für Abholung in der Geschäftsstelle und in den Ablagen 4.60 M; durch die Post bezogen 4.80 M ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr monatl. Einzelexempl. 25 ₰.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile 1.— M. Die Reklamezeile 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Das neue Steuerbukett

WTB. Berlin, 22. Juni. In der heutigen Sitzung des Reparationsausschusses des Reichswirtschaftsrats sprach Reichskanzler Dr. Wirth über die Frage der Deckung der aus dem Ultimatum erwachsenden Verpflichtungen. Ohne schon ein abschließendes Programm über die gesamte Deckung zu geben, schilderte der Reichskanzler die Gesetzentwürfe, die zurzeit in Arbeit und zu einem gewissen Abschluß gelangt sind. Genannt wurden: die Zuckersteuer, die Einziehung des Süßstoffmonopols, die Aenderung des Branntweinmonopols, die neue Körperschaftssteuer, die Rennwettsteuer, Leuchtmittelsteuer, Zündwarensteuer, Tabaksteuer, Biersteuer und Mineralwassersteuer. Die Entwürfe wurden sämtlich vom Kabinett genehmigt. Geplant seien die Kapitalsverkehrssteuer, Versicherungssteuer, Umsatzsteuererhöhung und Kraftfahrzeugsteuer. Eine Erhöhung der Zölle namentlich auf Kaffee, Tee, Kakao und Fertigerzeugnisse sei vorgesehen. Besprochen werde zurzeit die Frage der Erhöhung der Kohlensteuer, deren wirtschaftliche Folgen eingehend geprüft werden müßten. Der Reichskanzler sagte zu, am 29. d. M. eine umfassende Darstellung der Pläne der Reichsregierung mit ausführlichem Zahlenmaterial zu geben, die dann der breiten Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Der Entwurf eines Gesetzes über die Aenderung des Körperschaftssteuergesetzes wurde vom Reparationsausschuß dem Reichswirtschaftsrat nach längerer Erörterung überwiesen.

Zum Grubenunglück bei Herne

WTB. Berlin, 22. Juni. (Amtlich.) Zur Untersuchung der Ursachen des Unglücks auf der Zeche Mont Cenis sind der Oberberghauptmann und der zuständige Referent aus dem preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe in Herne eingetroffen.

WTB. Bochum, 23. Juni. Die Zahl der Opfer der Schlagwetterexplosion auf der Zeche Mont Cenis hat sich um weitere 2 Bergleute, die ihren Verletzungen erlegen sind, vermehrt. Von den im Bergmannsheim befindlichen Schwerverletzten schweben noch sechs in Lebensgefahr.

WTB. Bad Mergentheim, 22. Juni. Der Reichspräsident hat an die Gewerkschaft Mont Cenis folgendes Beileidstelegramm gerichtet: Mit tiefer Trauer erhalte ich die Nachricht von dem schweren Grubenunglück und bitte Sie, den so schwer betroffenen Familien meine herzlichste Teilnahme auszusprechen. Reichspräsident Ebert.

Uebergriffe der französischen Soldateska im besetzten Gebiet

Saarbrücken, 22. Juni. Das französische Kriegsgericht erkannte gegen die französischen Soldaten **Benedetta** und **Piesteau** auf 12 bezw. 3 Monate Gefängnis und gegen zwei französische Zivilisten auf 2 bezw. 3 Monate Gefängnis wegen Ueberfalls und Mißhandlung mehrerer deutscher Zivilisten, ohne jede Veranlassung. Benedetti bedrohte einen deutschen Zivilisten mit dem Revolver und feuerte später noch mehrere Schüsse auf die deutschen Zivilisten ab, ohne jedoch zu treffen. Benedetti ist mehrfach vorbestraft.

Bekanntlich ist die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet **bestimmungswidrig**, um so unerhörter sind Uebergriffe wie die Obigen.

Mainz, 22. Juni. Das französische Kriegsgericht verurteilte einen seit längerer Zeit in die Heimat entlassenen französischen Soldaten, der vor zwei Jahren einen Wächter in Wiesbaden durch Messerstiche schwer verletzt hatte, wegen Mordversuchs zu **20 Jahren Zwangsarbeit** und einen amerikanischen Soldaten, der bei Kelsterbach einen taubstummen Arbeiter durch Bajonettbedrohung zur Herausgabe einer Brieftasche mit 70 M gezwungen hatte wegen räuberischer Erpressung zu **einem Jahr Gefängnis**.

WTB. **Darmstadt**, 23. Juni. Im hessischen Landtag erklärte Staatspräsident Ullrich in Beantwortung einer Anfrage wegen der Uebergriffe der französischen Besatzungstruppen im besetzten Gebiete, es sei richtig, daß seit etwa einem Monat die Zahl der Besatzungstruppen wesentlich erhöht worden sei. Die Belastungen, welche hierbei die Bewohner erführen, haben außerordentlich zugenommen. Die Truppenvermehrung hänge mit der Tatsache zusammen, daß entgegen der durch die Annahme des Ultimatums geschaffenen Rechtslage die Sanktionen noch fortdauern. Die Regierung habe die furchtbaren Wirkungen, welche die Sanktionen im besetzten Gebiet ausübten, wiederholt den zuständigen Berliner Stellen dargelegt und um dringende Abhilfe ersucht. Der Staatspräsident erklärte ferner, es sei zutreffend, daß die Uebergriffe einzelner Soldaten gegen Ehre, Leben und Gut unserer Volksgenossen im besetzten Gebiet sich in den letzten Wochen auffallend vermehrt hätten. Es sei deshalb ein besonderer Beauftragter zum Oberbefehlshaber gesandt worden. Der General habe erklärt, daß er mit rücksichtsloser Schärfe alle Disziplinwidrigkeiten verfolgen werde.

Abschluß des Hölzprozesses

Erregte Szenen in der letzten Sitzung. — Urteil: Lebenslängliche Zuchthausstrafe.

TU. Berlin, 22. Juni. Die Fortführung der **Beweisaufnahme** bringt den Waffenmeister der Schutzpolizei **Erxleben** an die Zeugenbank, der ungefähr die gleichen Angaben über seine Gefangennahme macht, wie der früher verhörte Zeuge Franke. Seine Aussagen erweisen sich als außerordentlich objektiv und sachlich. Wachtmeister Wille habe ihr zu seiner Hundertschaft geschickt und hat dabei Anweisung gegeben, nicht hinter ihnen her zu schießen. Das Gericht zog sich zur Beschlußfassung über die Anträge der Verteidigung zurück. Als es im Saale wieedr erscheint, kommt es zu erregten Szenen.

Vorsitzender: Das Gericht lehnt den Antrag auf Vernehmung des Kriminalsekretärs Dr. Kopf über die Bewertung der Zeugenaussagen der Frau Gutsbesitzer Heß ab, weil . . . Hölz unterbrechend: weil sonst der Schwindel aufgedeckt wird. — **Vorsitzender** (erregt): ich verbitte mir diese Aeußerungen. **Hölz:** Natürlich! — In dieser Tonart ging es weiter. Als der Vorsitzende sagte: Ich werde Ihnen Fesseln anlegen lassen, sagte Hölz, höhnisch die Hände vorstreckend: Tun Sie es doch! **Vorsitzender** (sehr erregt): Sie sind ein ganz unverschämter Lümmel! — **Hölz:** Und Sie ein Blutrichter! Sie sind ein Mordbrenner!

Das Gericht lehnt die Anträge der Verteidigung ab. Als es sich zu neuer Beratung zurückziehen will, wird Hölz äußerst rabiat und ruft: Es lebe das revolutionäre Proletariat! **Vorsitzender:** Ich verbitte mir diese Unverschämtheiten! Führen Sie den Angeklagten ab!

Es kommt nun zu einer sehr erregten Szene: Als Hölz, der Miene macht weiter zu reden, von mehreren Sipo-Beamten gepackt wird, ruft Justizrat Dr. **Brenkel:** Ich stelle fest, daß das Verhalten des Angeklagten lediglich die Folge des Auftretens des Staatsanwaltes ist.

Dann ziehen die drei Verteidiger, die anscheinend befürchten, daß dem Angeklagten unterwegs ein Unheil zustoßen könnte, in großer Erregung hinter dem abgeführten Hölz ab.

Die Sitzung wird darauf einige Stunden unterbrochen, um die beiden medizinischen Sachverständigen in der Zwischenzeit zur Stelle zu schaffen.

Von den drei Verteidigern sprach zuerst Rechtsanwalt **Hegewisch**, der nach der Schilderung des Lebensbildes des Angeklagten eine ausführliche Vorgeschichte des Aufstandes gab. Nicht Brutalität, nicht Verführungswut, sondern revolutionärer Drang sei das Motiv der Verbrechen gegen die Strafgesetze gewesen. Seine Stellung, sein Leib und Leben hat er aufs Spiel gesetzt, um eine ideale Bewegung zu fördern. Er sei kein Bandit, sondern ein Heerführer einer roten Armee gewesen. Er habe immer in den vordersten Reihen gekämpft und stehe infolgedessen auf einem höheren Platz als Liebknecht und Rosa Luxemburg, als Lenin und Trotzki, die immer die Andern hätten kämpfen lassen. Natürlich werde man den Angeklagten wegen Hochverrat zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilen. Es werde dem Gericht wahrscheinlich leid tun, daß Hölz nicht fünf Leben habe.

Justizrat **Broh** wandte sich dann in stundenlangen Erörterungen gegen die Mordanklagen im Falle Heß und schloß mit den pathetischen Worten: Es wird sich zeigen, ob es den Orgeschleuten gelingt, hier ein edles Wild zur Strecke zu bringen. Wenn Sie einen Justizmord begehen, dann dürfen Sie sich nicht wundern, daß sich die Verhältnisse in Deutschland immer mehr zuspitzen.

Justizrat **Fränkel** wandte sich besonders gegen die Mordanklagen und betont, daß das Gericht dem Angeklagten ideale Motive nicht aberkennen könne. Sofort nach Beendigung der Rede des letzten Verteidigers erhielt der Angeklagte das Schlußwort:

Hölz begann: Hochansehnlicher, Hochehrwürdiger Ausnahmegerichtshof! **Vorsitzender**, unterbrechend: Wenn Sie uns hier beleidigen wollen, dann entziehe ich Ihnen das Wort. **Hölz:** Das ist mir Jacke wie Hose, ob Sie mir das Wort am Anfang, in der Mitte oder am Ende der Verhandlung entziehen. Ich rede solange wie es mir gefällt, und zwar nicht um mich zu verteidigen, denn ich fühle mich nicht schuldig. Wenn ich in den Gerichtssaal geführt wurde, trat mir immer ein Bild aus meiner Kindheit vor Augen. In dem Dorf, in dem ich als Kind lebte, sah ich in einem Puppentheater die Affäre Dreifuß und wenn ich hier heute den hohen Gerichtshof ansehe, dann muß ich immer an die Holzpuppen des Marionettentheaters denken. (Heiterkeit im Zuhörerraum; Scharfe Rüge des Vorsitzenden.) Ich betrachte Sie eben als Holzpuppen ohne Gefühl. Zur Anklagerede des Staatsanwalts äußere ich mich nicht. Das war nur für die bürgerliche Klasse eine Leichenrede, deren Angestellter er ist und von der er sein Gehalt bezieht. Zu den Reden meiner Verteidiger will ich nicht Stellung nehmen; sie sind mir wohl in geistigem Sinn überlegen, doch in praktischer, revolutionärer Hinsicht stecke ich sie alle drei in die Tasche. Sie verhandeln hier gegen eine menschliche Bestie. Nun gut; ich als Angeklagter nehme mir das Recht, hier einige Worte über meine Person zu sagen. Hölz erzählt nun, daß er unter harten Entbehrungen sich in Dresden die Möglichkeit zur Ausbildung zum Techniker verschafft habe. Er schildert weiter, wie er auf einem Erholungsaufenthalt im Vogtland seine Frau kennen gelernt und infolge seiner Heirat sich da seßhaft gemacht habe. Bei Kriegsausbruch habe er sich als Freiwilliger gemeldet; mit der Zeit aber habe er seine Gesinnung geändert. Er erzählte sodann von seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Arbeitslosenrates in Altenstein, wie er zur Erkenntnis gekommen sei, daß die Revolution durch die historische Entwicklung bedingt sei. In großer Breite schildert Hölz seine Irrfahrten auf der Flucht und kommt sodann auf die Märzaktion dieses Jahres zu sprechen. Er selbst habe in der Erkenntnis, daß die Befreiung des Proletariats nur mit Gewalt verwirklicht werden könne, den bewaffneten Kampf in Mitteldeutschland organisiert. Als Hölz erklärte, daß die bürgerliche Gesellschaft Tausende von Morden auf dem Gewissen habe, während die Arbeiter noch keinen Monarchisten oder Führer der Rechtsparteien ermordet hätten, unterbricht ihn der Vorsitzende mit der Bemerkung, daß das alles nicht Gegenstand der Verhandlung sei.

Nach 9 Uhr abends wurde nach mehr als einstündiger Beratung des Gerichtshofes

das Urteil

verkündet. Der Staatsanwalt hatte die Todesstrafe beantragt. Der Gerichtshof verurteilte Hölz zu lebenslänglichem Zuchthaus unter dauernder Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Hölz nahm die Verkündung des Urteils mit neuen wüsten Schimpfereien entgegen. Er rief dem Gericht zu: „Ihr seid alle bezahlte Huren der Justiz! Aber der Tag der Rache wird kommen!" Dann wurde Hölz, der sich heftig sträubte, von Schutzpolizisten abgeführt

Ehret den Acht-Stunden-Tag

Seit mehr den 30 Jahren fordert die internationale Arbeiterschaft die Einführung des Achtstunden-Tags. Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Ruhe und acht Stunden Schlaf, das war die Forderung der Arbeiter, deren Durchführung ihr ein menschenwürdiges Dasein sichern sollte. Die Revolution hat wenigstens der deutschen Arbeiterschaft den Achtstundentag gebracht, und man kann nicht sagen, daß er auf unser Wirtschaftsleben schädlich gewirkt hat. Von mancher Seite wird das allerdings so dargestellt, aber wir erinnern daran, daß der bekannte süddeutsche Unternehmer Bosch vor einiger Zeit einmal in aller Oeffentlichkeit festgestellt hat, daß der Achtstundentag von nicht zu unterschätzender Bedeutung für unser Wirtschaftsleben ist. Er sagt u. a., daß die Beibehaltung des Achtstundentags in Industrie und Gewerbe nach seiner Ueberzeugung nicht nur eine Notwendigkeit, sondern auch ein Segen für unser Volk sei, und daß man deshalb an der Errungenschaft festhalten müsse.

Der große Teil der Unternehmer ist anderer Meinung. Besonders in den Tagen nach der Annahme des Ententeultimatums kämpfen die Arbeitgeber wie die Löwen gegen den Achtstundentag und behaupten, daß nur seine Beseitigung im Verein mit dem Abbau der „hohen" Löhne die Erfüllung der übernommenen Pflichten ermögliche. Leider findet diese Forderung nach der Beseitigung des Achtstundentags eine recht unverständliche Unterschätzung von seiten eines großen Teils der Arbeiter. Wir weisen auf die verschiedenen Fälle hin, in denen Arbeitnehmer mit ihren Arbeitgebern stillschweigend ein Uebereinkommen getroffen haben, das auf die Verlängerung der Arbeitszeit hinausläuft.

Wir erinnern an die Tatsache, daß vielfach in außerordentlich hohem Maße Ueberstunden gemacht werden und weisen auf den vor einiger Zeit erschienenen Aufruf des Eisenbahner-Verbandes hin, der sich ganz entschieden gegen jenen Teil seiner Mitglieder wenden mußte, die sich der Verwaltung freudig zur Mehrarbeit zur Verfügung stellten. Es ist richtig: Nur Arbeit kann uns retten! Es ist auch richtig, daß die Löhne so niedrig sind daß jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte froh ist, wenn ihm Gelegenheit gegeben wird, sein Einkommen, wenn auch nur wenig, zu erhöhen. Aber darüber darf nicht vergessen werden, daß weit **über 400 000 Arbeitslose** allein von der amtlichen Statistik erfaßt werden, daß neben diesen noch ungezählte andere ohne Lohn und Brot sind, und daß die Zahl der Kurzarbeiter nicht mehr weit hinter der der Erwerbslosen zurücksteht.

Die Not dieser Opfer der großen Wirtschaftskrise ist so unendlich groß, daß alles getan werden muß, um sie zu lindern. Nur unablässig herzuziehen über die Gewerkschafts„bonzen" und sie, wie die Kommunisten es tun, zum Kampf für ihre 10 Punkte aufzufordern, ist zwar einfach, den Erwerbslosen und Kurzarbeitern aber keineswegs dienlich. Wie der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund unablässig bemüht ist, der Not zu steuern, so ist auch jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, verpflichtet, mit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beizusteuern. Dazu ist in aller erster Linie notwendig, daß alle organisierten Hand- und Kopfarbeiter unbedingt darauf achten, daß in jedem Betriebe und durch jeden der dort Beschäftigten der Achtstundentag eingehalten wird. Die Arbeiterschaft muß es überall ablehnen, die Arbeitszeit zu verlängern, sie darf unter gar keinen Umständen auch nur eine halbe Ueberstunde machen, es sei denn, daß durch irgendwelche, nicht vorhergesehene Umstände oder durch technische Notwendigkeiten eine Umgehung derselben wirklich nicht möglich ist. Ueber die Notwendigkeit selbst sollte in jedem Falle der Betriebsrat entscheiden.

Diese Forderung mag vielleicht auf den einzelnen Fall angewendet, übertrieben klingen. Aber sie ist bitter notwendig. Mit jeder Stunde, die ein Arbeiter über die gesetzliche Arbeitszeit von acht Stunden tätig ist gibt er nicht nur dem Prinzip des Achtstundentags einen Rippenstoß, schädigt er nicht nur seine Gesundheit und vergrößert er nicht nur den Profit des Unternehmers, Mit jeder Stunde Ueberarbeit vergrößert er das Heer der Arbeitslosen, verursacht er neue Tränen der um das Wohl ihrer hungernden Kinder besorgten Arbeiterfrau. Die wenigen Pfennige, die durch Ueberarbeit zum regulären Lohn zuverdient werden, sind dem einzelnen eine nicht allzugroße Hilfe. Aber alle die Ueberstunden, alle für sie bezahlten Gelder zusammengerechnet ergeben soviel Arbeitsstunden und so viel Lohnmark, daß sich sicherlich ein nicht geringer Teil der Arbeitslosen in sie teilen könnte. Darum sollte jeder deutsche Arbeiter den Achtstundentag ehren, nicht nur des Prinzips willen, vor allen Dingen um den hungernden und verzweifelten Arbeitsbrüdern und ihren verelendeten Familien zu helfen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

106 Milliarden Jahresbedarf!

Der Reichsrat hielt am letzten Montag unter Vorsitz des Ministers Dr. Gradnauer eine öffentliche Sitzung ab. Er genehmigte abermals eine Anzahl Nachtragsetats für 1921. Im Etat des Auswärtigen wurden zehn Millionen gestrichen. In den Etat des Arbeitsministeriums wurden für die Erwerbslosenfürsorge weitere 200 Millionen Mark eingestellt, so daß die Gesamtausgaben im Etatsjahr 1921 für diese Zwecke sich auf **1200 Millionen** belaufen.

Der Berichterstatter zum Hauptetat, Ministerialdirektor Sachs, hob hervor, die Erwartung habe sich nicht erfüllt, daß der Nachtrasetat Ersparnisse bringen werde, er bringe vielmehr Mehrausgaben von insgesamt **17,7 Milliarden Mark.** Sollen die Reparationsleistungen voll erfüllt werden, so beträgt der Jahresbedarf **106 Milliarden Papiermark.** Dazu kommt der gesamte Fehlbedarf für 1921 mit 53,5 Milliarden unter Hinzurechnung des Fehlbetrages des außerordentlichen Etats. Vorausgesetzt, daß der Kursstand der Mark sich nicht ändert, müßte also für **159,5 Milliarden** Deckung gefunden werden.

Der Reichsrat nahm ferner noch den Gesetzentwurf über die Lohnsteuer an. **Danach ist bei Einkommen bis 24 000 Mark die Steuer durch den Lohnabzug von 10 Proz. als getilgt anzusehen und nur bei einem höheren Einkommen findet eine besondere Veranlagung statt.** Die Verrechnung der einbehaltenen Beträge gegenüber der endgültigen Steuer erfolgt später.

Teures Brot – Neue gewerkschaftliche Kämpfe

Wie aus Berlin berichtet wird, hat die Abstimmung über das Getreide-Umlageverfahren im Reichstag in parlamentarischen Kreisen einen starken, pessimistischen Eindruck hinterlassen. Allgemein wird der Wunsch laut, den Reichstag bald zu vertagen, um Zeit für die Ausarbeitung der neuen Gesetze und Vorlagen zu gewinnen. Wenn er dann im Herbst zusammentritt, wird es sich ja zeigen, ob er in der Lage ist, die Schwierigkeiten zu meistern. Wie der „Vorwärts" schreibt, wird die Folge der Abstimmung eine Verschärfung der Beziehungen zwischen Stadt und Land sein. Die Gewerkschaften werden gezwungen, neue Kämpfe um Lohnerhöhungen zu führen. In scharfen Worten verurteilt der „Vorwärts" das Verhalten der Bürgerlichen in der Koalition, die nach rechts umschwenkten und gegen die Sozialdemokraten stimmen.

Beseitigung der Tabakbewirtschaftung

Durch eine demnächst im Reichs-Gesetz-Blatt erscheinende Bekanntmachung über die Aufhebung der Bewirtschaftung von Rohtabak werden, wie den P.P.N. mitgeteilt wird, die **zwangswirtschaftlichen Bestimmungen beim Tabak vom 1. Juli 1921 ab aufgehoben.** Damit wird die in der Rohtabak-Verordnung vom 10.10.1916 (RGBl. S. 1145) angeordnete Beschlagnahme des inländischen und ausländischen Tabaks beseitigt. Es fällt damit auch die z. Zt. noch bestehende Kontigentierung der Tabakindustrie fort. Da gleichzeitig auch die Beschränkung in der Einfuhr von Rauchtabaken vom 1. Juli 1921 ab in Wegfall kommen, ist künftig die Tabakindustrie durch behördliche Maßnahmen im Einkauf und in der Verarbeitung nicht mehr beschränkt. Durch Aufhebung der Tabakzwangswirtschaft werden jedoch die im **Tabaksteuergesetz** enthaltenen Bestimmungen nicht berührt.

Zum Vorfall im Berliner Gewerkschaftshaus

wird aus Berlin berichtet:

Die Arbeitslosenräte haben die Arbeitslosen zur Demonstration aufgerufen. Sie sind zahlreich dem Rufe gefolgt, denn die Not der Arbeitslosen ist groß. In ihrer Verzweiflung wären selbst Ausschreitungen begreiflich. Man würde es bekämpfen und tadeln müssen, wenn sie vor die großen Prunkhotel zögen, in denen ein Teil der Bourgeoisie schlemmt und prallt und dort ihre Wut ausließen; aber man würde es **menschlich begreifen.** Aber solche Ausschreitungen begehen die Arbeitslosen nicht, die sich unter die Führung **kommunistischer Arbeitslosenräte** gestellt haben. Sie demonstrieren vor dem **Gewerkschaftshaus,** in dem die Berliner Gewerkschaftskommission und der **Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund** ihren Sitz haben. Was fordern sie? Haben sie den Gewerkschaftsführern eine Nachlässigkeit im Dienste der Arbeitslosen vorzuwerfen? Haben sie einen Vorschlag mitgebracht, wie man die Arbeitslosigkeit besser bekämpfen und vielleicht überwinden könnte? Nein, ihr kommunistisches Verlangen geht dahin, daß die **organisierten** Arbeitslosen bei der Vergebung der Arbeit nicht etwa den **unorganisierten vorgezogen** werden. Denn für die unorganisierten Arbeitslosen kämpft die VKPD. **Unorganisierte Arbeitslose sind die Gefolgschaft und der Stoßtrupp der VKPD.**

Zu welchen Taten werden die unorganisierten Arbeitslosen von den Kommunisten geführt? Die Freikorps des Kapp und Lüttwitz sind die Lehrmeister der Aktion gewesen. Wie jene das Leipziger Gewerkschaftshaus, so wollten die unorganisierten Kommunisten das Berliner Gewerkschaftshaus zerstören. Fenster werden eingeschlagen, Türen zertrümmert, Einrichtungen der Gewerkschaftsbüros vernichtet, die Gewerkschaftsbeamten verprügelt. Der Vorsitzende der Berliner Gewerkschaftskommission, der Schneider Sabath, politisch ein **Mitglied der unabhängigen Sozialdemokratie** wird herausgeholt und solange mißhandelt, bis er **blutüberströmt liegen bleibt.** Einer der beredeten kommunistischen Wortführer der unorganisierten Arbeitslosen hat ihm mit einem **Totschläger** eine klaffende offene Kopfwunde beigebracht. Schließlich muß die Schutzpolizei mit zwei Hundertschaften anrücken, und nach langer Mühe gelingt es ihr, halbwegs wieder Ordnung zu schaffen.

Und zu derselben Zeit hält einer der kommunistischen Führer Dr. **Meyer** im Haushaltausschuß des Landtags eine **donnernde Rede gegen die überflüssige Polizei,** durch deren Abschaffung man Milliarden, durch deren Beschränkung man Hunderte von Millionen sparen könnte. Geld, das wir für kulturelle Zwecke wirklich dringend brauchen. Man könnte es wirklich sparen wenn nicht die Kommunisten wären und als ihren Gott den Knüppel, den Totschläger und das Maschinengewehr verehrten.

Aber die **Unabhängigen** lehnen derweilen **grundsätzlich den Etat der Schutzpolizei ab.** Ein wackerer unabhängiger Mann kann keinen Schutzmann leiden, doch seine Hilfe nimmt er gern wenn die unorganisierten kommunistischen Arbeitslosen das Gewerkschaftshaus zu demolieren die unabhängigen Gewerkschaftsführer totzuschlagen drohen.

Natürlich ist es kein Kunststück, erbitterte Arbeitslose, noch dazu **unaufgeklärte Unorganisierte,** zu jeder möglichen Ausschreitung fortzureißen. Nicht die armen Arbeitslosen machen wir verantwortlich, denen man die Köpfe heiß gemacht und verwirrt hat. Die ganze Schuld tragen die **kommunistischen Drahtzieher der „Aktion", zur höheren Ehre des Dritten Kongresses der Dritten Internationale in Moskau. Ihre Hetze zur Gewalt macht die Reaktion stark. Ihre Brutalität erlaubt es den Rechtsparteien, brutal zu sein ohne es zu scheinen. Ihr Rohheiten und Gemeinheiten kosten die Arbeiterklasse viel Einfluß und noch mehr Ansehen und Achtung. Mit dem Sozialismus in Deutschland kann es erst wieder vorwärts gehen, wenn der kommunistische Wahnsinn völlig ausgetobt hat.**

Gewerkschaftliches

Neuer Tarifvertrag für die Arbeiter der Post

Nach längeren Verhandlungen ist am 15. Juni zwischen dem Reichspostministerium, dem Deutschen Verkehrsbund, der Deutschen Postgewerkschaft und dem Verbande des Bayerischen Post- und Telegraphenpersonals ein neuer Tarifvertrag für die Arbeiter im Bereiche der Reichspost- und Telegraphenverwaltung abgeschlossen worden, der am 1. Juli in Kraft tritt.

„Einer muß sich irren"

Aus dem Gaubüro des Deutschen Landarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

Der Landarbeiterverband steht seit geraumer Zeit mit der Stadtgemeinde Baden-Baden zwecks Abschluß eines Lohn- und Arbeitstarifes für die Waldarbeiter in Unterhandlung. Auf ein diesbezügliches Anschreiben vom 26. März d. J. teilt uns der Stadtrat von B.-Baden mit, daß zunächst der Arbeitgeberverband Bad. Gemeinden, auf Antrag der Arbeiterorganisationen, die Frage prüfe, ob für die Waldarbeiter ein Lohn- und Arbeitstarif zentral abgeschlossen werden soll; bevor diese zentralen Verhandlungen abgeschlossen seien, sei der Stadtrat nicht in der Lage, die Frage örtlich zu regeln. Am 14. April teilt uns nun der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Bad. Gemeinden mit, daß der Vorstand beschlossen habe, von der Aufstellung eines zentralen Tarifes für die Waldarbeiter Abstand zu nehmen.

Wir wandten uns nun erneut unterm 24. April an den Stadtrat der Stadt Baden-Baden mit dem Ersuchen, mit uns wegen Abschluß eines Lohn- und Arbeitstarifes zu verhandeln. Da wir jedoch nach 6 Wochen noch keine Antwort hatten; wandten wir uns unterm 31. Mai an den Schlichtungsausschuß mit dem Ersuchen die Parteien zu laden und falls eine Einigung nicht zustande kommt, einen Schiedsspruch zu fällen. Nun teilt der Stadtrat der Stadt Baden-Baden dem Schlichtungsausschuß mit, daß schon seit längerer Zeit mit dem Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner, sowie mit dem Zentralverband der Landarbeiter wegen Abschluß eines Tarifes verhandelt werde. Dieses sei aber auch dem Gauleiter des Landarbeiterverbandes bekannt. Der zwischen diesen Verbänden und den Forstämtern beratene Tarifvertrag hätte bereits dem Stadtrat vorgelegen, da er jedoch die Zustimmung des Stadtrats nicht gefunden habe, sei derselbe erneut an die Forstämter wieder zurückverwiesen worden, mit der Weisung erneut mit den genannten Verbänden zu verhandeln.

Nun zunächst eine Frage verehrl. Stadtrat. Wenn schon mit den Waldarbeitern ein Tarifvertrag abgeschlossen werden soll, ist der Vertreter der freiorganisierten Landarbeiter hierbei auszuschalten? Mit welchem Recht wird nur mit dem Zentralverband der Landarbeiter verhandelt? Oder ist es wahr, daß die Stadtgemeinde Baden-Baden nur mit Herrn Faßbender verhandelt?

Des weiteren muß sich jemand bei der Sache geirrt haben. Herr Faßbender hat bereits in einer am 28. April in Baden-Baden stattgefundenen Betriebsrats-Sitzung erklärt, daß er mit der Stadtgemeinde Baden-Baden einen glänzenden Tarifvertrag abgeschlossen habe, dagegen wäre der Staatsholzhauervertrag der reinste Waisenknabe. Ebenso hat Herr Forstmeister Helbling unserem Bezirksleiter Strobel einige Tage später erklärt: Nun sei mit Herrn Faßbender ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, nur aus Versehen seien wir zu der Verhandlung nicht mitzugezogen worden. Aber auch ein Mitglied des Stadtrats erklärte uns, mit dem Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen und er sei der Meinung, wir wären mit dabei gewesen. Und nun die Erklärung des Stadtrats. Etwas ist dabei nicht richtig. **Einer muß sich irren!** Auf alle Fälle verlangen die freiorganisierten Waldarbeiter, daß sie selbst darüber mitzubestimmen haben, wie das Arbeitsverhältnis geregelt werden soll, sie sind mündig und müssen vom Stadtrat der Stadt Baden-Baden verlangen, daß er objektiv handelt.

Soziale Rundschau

Die Lage des Arbeitsmarktes

Der schon in der Vorwoche zu beachtende schwache Rückgang der Zahl der unterstützten Erwerbslosen hat angehalten. Sie belief sich am Ende der Berichtswoche auf 4364 gegenüber 4519 von der Vorwoche. Die Abnahme hat ihren Grund in Arbeitsbeschaffung für Angehörige der verschiedensten Berufsgruppen (gelernte und ungelernte Arbeiter). Ausbezahlt wurden an Erwerbslosenunterstützungen 330 139,47 M, an Kurzarbeiterzulagen 140 595,58 M. Wie die Zahlen der unterstützten Erwerbslosen ist auch diejenige der Notstandsarbeiter zurückgegangen (3248 gegenüber 3276 von der Vorwoche).

Aus der Partei

Berghausen, 22. Juni. (Sozialdem. Partei.) Freitag abend 8 Uhr findet eine Versammlung im Lokal zur „Kanne" statt. Wegen einer sehr wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Parteigenossen dringend erforderlich.

Badische Politik

Die Geschäftslage des Landtags

In den nächsten Tagen beschäftigt sich der Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung mit der zweiten Lesung der Gemeindeordnung und des Fürsorgegesetzes. Sind diese beiden Entwürfe in der Ausschußberatung fertiggestellt, gelangen sie Mitte nächster Woche, wahrscheinlich 30. Juni, an das Plenum des Landtags. Zu ihrer Verabschiedung bedarf es mindestens zweier Sitzungen. Am Tage darauf, am 2. Juli, würde eine Besichtigung der Schlösser in Mannheim und Schwetzingen erfolgen, wozu die Regierung Einladung an den Landtag hat ergehen lassen.

In der übernächsten Woche, etwa am 4. Juli, tritt der Haushaltsausschuß an die zweite Lesung der von uns in ihren Einzelheiten bereits besprochenen Steuergesetze heran; sie dürften dann in der zweiten Hälfte des Juli dem Plenum vorgelegt werden. Inzwischen ist wohl auch der angekündigte III. Nachtrag erschienen, der vom Haushaltsausschuß vorberaten werden muß und ebenfalls einige Vollsitzungen des Landtages in Anspruch nimmt. — Es ist also noch eine Fülle von Arbeit im badischen Landtag zu bewältigen, sodaß er vor Anfang August kaum seine diesjährige Tagung beendigen kann.

Züllinger und seine Zucht

31 Roman von Konrad Loele

(Fortsetzung.)

„Wir vertragen die Bahnfahrt nicht gut; das Gerassel macht uns Beschwerden. Wir sind hier, und damit gut," sagten die Anführer der Züchtlinge im Namen der anderen. Sie verbargen den wahren Grund ihrer Weigerung aus Stolz. Die Arbeiter hatten nämlich bereits begonnen, sie wegen ihrer Unerfahrenheit in allen Dingen des täglichen Lebens zu hänseln, und das war ihnen zu ärgerlich, als daß sie mit ihnen hätten weiterfahren wollen.

Züllinger versuchte auf alle Weise, sie zum Abzuge zu bewegen. Die „Oberdeutschen sind noch vom großen Kriege her Meister in der Schießkunst mit blauen und gelben Giftgasen. Sie werden uns wie Kaninchen ausschwefeln," stellte er ihnen vor.

„Ach was!" rief Stephanie, und Hera und die Anführer der Züchtlinge riefen es ihr nach: „Wir vertrauen deinem Genie!"

„Einsteigen!" schrien die Arbeiter, die mittlerweile die Dampfkessel und Tender der Lokomotiven frisch gefüllt und die Kraftwagen mit Benzin versorgt hatten.

„Einsteigen!" mahnte auch Züllinger, aber die Züchtlinge folgten ihm nicht. Die Arbeiter besannen sich nicht lange. Sie verluden die erbeuteten Waffen und fuhren ab. Noch am Abend desselben Tages erreichten sie die Landesgrenze, und da der Grenzschutz des Festes wegen betrunken war, schlugen sie sich in einem überraschenden Anlauf glücklich durch.

Die Züchtlinge sahen ihnen ohne Bedauern und ohne Verständnis nach. Sie freuten sich harmlos ihrer neuen Freiheit, wunderten sich, daß kein Aufseher mit der Peitsche mehr hinter ihnen stand, und die meisten von ihnen, die noch nicht viel gelernt hatten, hielten dafür, es gäbe nun gar keine Oberdeutschen mehr, und es sei somit alles in Ordnung. Aber die ungewohnte Trägheit machte sie unruhig und nachdenklich; sie betrachteten ihre Hände, mit denen sie am Morgen die Hälse ihrer Tyrannen umgedreht hatten. Da sie rein vegetarisch aufgewachsen waren, hatten sie einen ganz natürlichen Ekel vor Blut und Gewalttat. Jetzt, wo sie ihren Haß gegen ihre Peiniger gestillt hatten, bekamen sie so etwas wie ein schlechtes Gewissen.

„Vielleicht hätten wir das nicht tun sollen," sagten einige.

„Wir hätten sie nur peitschen dürfen, wie sie uns gepeitscht haben."

Andre, die schon aufgeklärter waren, entschuldigten sich damit, daß sie auch für ihre Verblödung hätten Vergeltung üben müssen.

„Jawohl; wir hätten sie also ebenfalls verblöden sollen," sagten die ersten in ihrer naiven Gerechtigkeit.

Während sie sich solch grüblerischen Betrachtungen hingaben, hielt Züllinger mit seinen Vertrauten Rat.

„Wie denkt ihr euch denn nun die Geschichte?" fragte er sorgenvoll.

„Sehr einfach," sagte Stephanie, „wir warten ab, bis die Oberdeutschen kommen, unterdessen erfindest du ein Gegenmittel gegen ihre giftigen Gase, wir verkriechen uns in die Bergwerke, lassen sie ihr Pulver verschießen und fallen dann über sie her. Ich höre sie schon quieken."

Hera schloß sich Stephanies Ansicht an, aber die übrigen Züchtlinge waren nicht so blutrünstig. Sie hatten sich ausgetobt, ihr Rachedurst war gelöscht, und sie schlugen vor, eine Gesandtschaft zu den Oberdeutschen zu schicken. Sie wollten in Frieden leben, wenn man sie in Frieden leben lassen würde; und das, so meinten sie, sei ein billiger Vorschlag, auf den die Oberdeutschen wohl eingehen würden.

Züllinger lächelte nur trübe, und Stephanie fing an, gehässig zu keifen. Es hatte sich ein großer Schwarm Züchtlinge um sie versammelt, und Züllinger versuchte, ihnen ihre schwierige Lage auseinanderzusetzen.

„Wir wollen weiter nichts, als ohne Peitsche arbeiten, und dann wollen wir auch Kinder kriegen wie andre Menschen. Wenn es wirklich außer denen, die wir heute früh totgemacht haben, noch viele andre böse Oberdeutsche gibt, so müssen die doch verständig genug sein, uns in Ruhe zu lassen; denn sonst könnten wir leicht noch einmal welche von ihnen töten. Sie haben uns gepeitscht und sie hatten uns dumm gemacht. Wir haben dafür einer Anzahl von ihnen die Hälse umgedreht. Nun sind wir quitt."

So sagten die Züchtlinge, die aufmerksam zugehört hatten.

„Schafsköpfe seid ihr doch!" schrie Stephanie und ließ ihren Vetter nicht wieder zu Worte kommen. „Ihr wollt Kinder kriegen wie andre Leute? Wißt ihr denn nicht, daß die Oberdeutschen euch unfruchtbar gemacht haben? Ihr seid nichts als Arbeitsochsen."

Da wurden die Züchtlinge traurig. Züllinger aber zog ein Notizbuch aus der Tasche.

„Fünfzig von euch," sagte er tröstend, „sind fruchtbar geblieben." Und er verlas die Stempelnummern dieser Glücklichen. Es stellte sich freilich heraus, daß von diesen fünfzig kaum noch die Hälfte da war. Weil sie feuriger als die andern waren, hatten sie sich leichter zu Unbotmäßigkeiten gegen ihre Herren fortreißen lassen und waren dabei umgekommen.

„Dann werdet ihr die Kinder erzeugen," sagten die Züchtlinge zu dem fruchtbaren Rest, „und eure Kinder werden uns allen gehören. Wir werden für sie arbeiten und wir werden sie verteidigen. Nun müssen wir freilich auch die meisten Oberdeutschen unfruchtbar machen, wie sie uns getan haben."

„Arnold, sprich doch was! Du bist der Mann!" mahnte Stephanie heftig, da sie nicht weiter wußte.

„Ja, sprach Züllinger, „da wollen wir also erst einmal einen Wall und einen Graben um die Knobbewerke ziehen, damit die Oberdeutschen vor uns Respekt bekommen. Im übrigen werden wir uns an deinen Vorschlag halten, Stephanie. Ein Mittel gegen die giftigen Gase kann ich freilich nicht so schnell erfinden, aber sehr günstig scheinen mir die Kohlengruben hier. Wir werden den längsten Stollen aussuchen und von seinem Ende nach auswärts weiterbohren, und das mit aller Beschleunigung. Kommt, meine Kinder!"

Er wies die Arbeit an, und die Züchtlinge tummelten sich, da sie sich bereits gelangweilt hatten. Dann ging er mit Stephanie, Hera und den Geschicktesten der Züchtlinge in den Lagerraum des Verblödungsgiftes. Große Fässer lagen da, gefüllt mit dem verderblichen Safte. Und er stellte völkerrechtswidrige Bomben her, indem er große eiserne Retorten mit Sprengmaterial und mit zackigen, giftgetränkten Schlacken füllte. Diese Höllenmaschinen ließ er hier und da in tiefen Schächten verbergen, aber so, daß sie durch Fördermaschinen fast bis zur Erdoberfläche gehoben und dann elektrisch entzündet werden konnten. Die auf Erdarbeiten dressierten Züchtlinge taten ihr Bestes. Die Bomben wurden eingebettet, am nächsten Morgen schon waren Wall und Graben fertig, und von Stunde zu Stunde schob sich der Fluchtstollen weiter von den Werken weg.

Die Wachen auf dem Wall sahen ringsum ins weite Feld, aber vorläufig ließ sich kein Oberdeutscher blicken. Die Züchtlinge fingen schon an, Züllinger um seine Angst auszulachen. Es ging lustig zu auf Knobbes Werken, alle arbeiteten zu ihrem Vergnügen, und zur Erholung ließen sie sich belehren; denn sie waren recht lernbegierig.

„Warum," so fragten sie, „hat man uns denn geschlagen und verblödet? Das war dumm; wenn man uns nichts getan hätte, dann hätten wir uns doch nicht zu rächen brauchen!"

(Fortsetzung folgt.)

Infolge des Zusammentritts des Deutschen Städtetages in Stuttgart am Samstag, 25. ds. Mts., wird der Landtag den geplanten Besuch von Schwetzingen und Mannheim auf Samstag, 2. Juli, verschieben. Eine Kommission des Landtags wird sich kommenden Samstag nach Freiburg begeben, um den klinischen Anstalten der Universität Freiburg einen Besuch abzustatten.

Eine Verordnung zum Grundstückverkehr

Von welch verheerender Wirkung die Aufhebung des Grundstücksperrgesetzes ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß es von der Regierung sofort für notwendig befunden wurde **zur Verhütung der Güterschlächterei und des Bauernlegens** die vom 15. März 1918 noch vorhandene **Reichsverordnung** über den **Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken** von mehr als drei Hektar Größe in Kraft zu setzen. So wertvoll auch diese Maßnahme zur Verhütung der allerschlimmsten Folgen der Aufhebung des Sperrgesetzes ist, als einen irgendwie qualifizierten Ersatz ist diese Verordnung nicht zu bezeichnen. Denn abgesehen davon, daß diese Verordnung **nur landwirtschaftliche Grundstücke** betrifft und **städtischen Grund und Boden nicht berührt**, daß ferner die Verordnung nicht imstande ist, Vorkaufs- und Enteignungsrecht wiederherzustellen, sind in der Verordnung die Versagungsmöglichkeiten der Genehmigung so eng gefaßt, daß sie eben nur ein Notbehelf ist! Mehr als einen Notbehelf schaffen, konnte jedoch leider die Regierung nicht, da ihr der Beschluß des Landtages die Hände band. Diese mit dem 16. Juni 1921 in Kraft tretende Reichsverordnung über den Grundstücksverkehr bestimmt in der Hauptsache:

Die Auflassung eines Grundstückes von mindestens 3 Hektar Größe bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung des zuständigen Bezirksamtes. Die Genehmigungspflicht selbst erstreckt sich allerdings auf Vereinbarungen, die vom 16. Juni lf. Js. ab getroffen wurden. Die Genehmigung kann auch unter Auflagen erteilt werden. Von der Genehmigungspflicht sind allgemein ausgenommen Rechtsgeschäfte des Reiches, eines Landes, einer Gemeinde oder einer anderen Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechtes, zwischen Ehegatten usf.

Soweit eine Genehmigung erforderlich ist, darf sie nur versagt werden, wenn das Grundstück zum Betriebe der Land- und Forstwirtschaft bestimmt ist und wenn 1. durch die Ausführung des Rechtsgeschäfts die ordnungsmäßige Bewirtschaftung des Grundstücks zum Schaden der **Volksernährung gefährdet** erscheint, oder 2. das zum Betriebe der Landwirtschaft bestimmte Grundstück an jemanden überlassen wird, der die Landwirtschaft nicht im Hauptberuf ausübt oder früher ausgeübt hat, oder 3. das Rechtsgeschäft zum Zweck oder in Ausführung einer **unwirtschaftlichen Zerschlagung des Grundstücks** erfolgt, oder 4. durch die Ausführung des Rechtsgeschäfts die Aufhebung der wirtschaftlichen Selbständigkeit eines landwirtschaftlichen Betriebs durch Vereinigung mit einem anderen zu besorgen ist, oder 5. die Uebereignung eines Grundstücks unter **Ausnutzung der Notlage des Eigentümers** zu unbilligen Bedingungen, insbesondere einem erheblich hinter dem Werte zurückbleibenden Preise erfolgen soll. Das zuständige Bezirksamt kann dem Eigentümer oder Besitzer von lebendem oder totem Inventar, das zu einem landwirtschaftlichen Grundstück, gleichviel welcher Größe, gehört oder sich auf ihm befindet, die Veräußerung oder Entfernung des Inventars oder einzelne Stücke von dem Grundstück **untersagen**, wenn hierdurch die ordnungsmäßige Bewirtschaftung des Grundstücks zum Schaden der Volksernährung gefährdet werden würde. Mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50 000 ℳ oder mit einer dieser Strafen wird **bestraft**: 1. wer ohne die erforderliche Genehmigung ein Grundstück auflässt oder sich auflassen läßt oder den Besitz eines Grundstückes einem andern überträgt oder von einem anderen erwirbt; 2. wer die bei Erteilung der Genehmigung die gemachten Auflagen nicht erfüllt; 3. wer Inventar veräußert, entfernt oder an sich bringt, wenn ein bezirksamtliches Verbot vorliegt.

Auf den Spuren der Orgesch. Wie aus Freiburg gemeldet wird, sind dort verschiedene ehemalige aktive Offiziere unter der Anklage des Hochverrats verhaftet worden. Sie sollen eine Art Orgesch, die sich über ganz Baden erstrecken soll, organisiert haben. Die Angelegenheit hängt offenbar mit den kürzlich in der Presse gemeldeten Waffenfunden im badischen Hinterlande zusammen.

Zu der Milchpreiserhöhung macht im „Beobachter" ein Bruhrainer Bauer folgende beherzigenswerte Ausführungen: „Ist doch gerade Milch das Nahrungsmittel, das Kinder und Kranke unbedingt haben müssen, und kann es von ärmeren Schichten der Bevölkerung wegen zu hohen Preises nicht mehr gekauft werden, so muß das geradezu katastrophal wirken. Dieses Verbrechen am Volkswohl wollen wir nun doch nicht mitmachen und wollen handeln als Christen der Tat, wenn es gilt, mitzuwirken an der Preisgestaltung der so wichtigen Lebensmittel. An vielen Orten, auch in dem meinen, ist heute noch der Milchpreis, trotz der hohen Futterpreise 1,50 pro Liter und bis heute ist noch niemanden eingefallen, denselben zu erhöhen und zwar aus dem einfachen Grunde, weil Verständnis herrscht über die Bedeutung der Milch und die Folgen bei der Entziehung derselben bei zu hoher Preisgestaltung." — Leider herrscht dieses Verständnis nicht überall.

Deutscher Reichstag

Ablehnung des deutschnationalen Mißtrauensantrags — Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für das Grubenunglück bei Herne

Berlin, 22. Juni. Zu Beginn der heutigen Sitzung gab zu der Interpellation über das Grubenunglück bei Herne der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns die Erklärung ab, daß die vom preußischen Handelsministerium geleitete Untersuchung voraussichtlich Ende der Woche abgeschlossen sein wird und daß dann, Anfang nächster Woche, die Interpellation beantwortet werden könne. Der Minister sprach zugleich den hartgeprüften Angehörigen der Opfer des Unglücks die Anteilnahme der Reichsregierung aus. Bei der Untersuchung sollen auch Angehörige der Arbeiterschaft zugezogen werden. Nach Erledigung mehrerer Vorlagen wurden die Beratung des Volksentscheids unterbrochen und eine interessante Abstimmung vorgenommen. Das Mißtrauensvotum der Deutsch-Nationalen, wegen der Haltung des Reichskanzlers in der Frage der Ergänzungsprüfung der Sekretäre, wurde mit 210 gegen 67 Stimmen bei 45 Enthaltungen abgelehnt. Dafür stimmten die Deutsch-Nationalen und die Kommunisten. Die Deutsche Volkspartei enthielt sich der Abstimmung.

Mit allgemeinem Einverständnis wurde noch ein unabhängiger Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klarstellung des Unglücks bei Herne auf die Tagesordnung gesetzt. Es entspann sich eine ausgedehnte unerquickliche Geschäftsordnungsaussprache, die mit persönlichen Verunglimpfungen stark durchsetzt war, so daß der Präsident daran erinnern mußte, daß es sich um ein schweres Unglück handle. Schließlich wurde ein Untersuchungsausschuß eingesetzt. Für Donnerstag stehen kleine Vorlagen auf der Tagesordnung.

Sitzungsbericht

Berlin, 22. Juni. Die Sitzung beginnt um 1 Uhr.

Arbeitsminister **Brauns** erklärt, die heutige Interpellation über das **Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis** in den ersten Tagen der nächsten Woche zu beantworten, nachdem die gerichtliche Untersuchung abgeschlossen sei. Der Minister knüpft daran den Ausdruck des Beileids für die Hinterbliebenen der Opfer.

Abg. **Rosenfeld** (U.S.) bringt zu dieser Sache einen Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission ein, der nach einer Erklärung des Präsidenten nicht sofort auf die Tagesordnung gesetzt werden kann.

Abg. **Hue** (Soz.) schließt sich dem Antrage Rosenfeld an und bittet den Minister, zu der amtlichen Untersuchung des Grubenunglücks Arbeitervertreter heranzuziehen.

Minister **Brauns** erklärte sich bereit, diese Anregung an den preußischen Handelsminister weiterzugeben.

Dann werden ohne Debatte die Novelle zur **Reichsversicherungsordnung**, das Gesetz über Abwicklung der **Kriegsgesellschaften** und das **Fernsprechgebührengesetz** verschiedenen Ausschüssen überwiesen.

Das Mietsteuergesetz

wird hierauf debattelos in 3. Lesung nach den Beschlüssen der 2. Beratung **angenommen**. Die Gesamtabstimmung wird vertagt, weil es sich bei der Mietsteuer um eine **Verfassungsänderung** handelt, die nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden kann. — Der Gesetzentwurf über den

Volksentscheid

wird ohne wesentliche Debatte in zweiter und dritter Lesung **angenommen**.

Um 2 Uhr folgt die namentliche Abstimmung über das im Anschluß an die gestrige Beamteninterpellation eingebrachte

deutsch-nationale Mißtrauensvotum

gegen das Kabinett Dr. **Wirth**. Die **Deutschnationalen** und **Kommunisten** gaben weiße Zettel ab, stimmen also für das Mißtrauensvotum. Die Mitglieder der **Deutschen Volkspartei** geben blaue Zettel ab, enthalten sich also ihrer Stimme. Die **übrigen** Fraktionen stimmen mit **roten** Zetteln gegen den deutschnationalen Antrag. Das **Ergebnis der Abstimmung** ist folgendes: Abgegeben sind gegen den Antrag, also für das Kabinett, 210 Stimmen, für den Antrag 67 Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 45 Abgeordnete. Der Antrag ist also **abgelehnt**.

Abg. **Blattner** (Komm.) erklärt zu der Abstimmung, die Kommunisten hätten mit ihrer Zustimmung zum Mißtrauensvotum keineswegs die demagogische Parteiagitation der Deutsch-Nationalen unterstützen wollen. (Gelächter links.)

Hierauf wird das **Mietsteuergesetz** mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit gegen die Unabhängigen und Kommunisten **angenommen**.

Der Gesetzentwurf über die Beschränkung des **Luftfahrzeugbaues** wird in zweiter und dritter Lesung debattelos **angenommen**, dazu eine Entschließung, wonach die Industrie entschädigt werden soll.

Der Gesetzentwurf über den **Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals** wird nach kurzer Debatte unter Ablehnung sozialdemokratischer und unabhängiger Abschwächungsanträge in der Ausschußfassung **angenommen**. Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung erhebt Abg. Dr. **Rosenfeld** (U.S.P.) Einspruch.

Bei der dann folgenden zweiten Beratung des Gesetzes über den

Staatsgerichtshof

beantragt Abg. Dr. **Radbruch** (Soz.) eine Erweiterung der Zuständigkeit, damit überhaupt die **Bestrafung von Kriegsschuldigen** möglich sei. — Der Antrag wird **abgelehnt**.

Abg. **Gräfe** (D.N.) beantragt, der Staatsgerichtshof möge bei den Anklagen des Reichstags gegen Reichspräsident, gegen Reichskanzler und Reichsminister nur aus Juristen zusammengesetzt werden.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (U.S.) beantragt dagegen, daß die Beisitzer nur vom Reichstage gewählt werden.

Ein **sozialdemokratischer** Antrag will die Hälfte vom Reichsrat und die andere Hälfte vom Reichstag wählen lassen. Sämtliche **Abänderungsanträge** werden **abgelehnt**. Die Rechtsvorlage wird in der Ausschußfassung angenommen.

Der Gesetzentwurf über eine erhöhte **Anrechnung** der während des Krieges zurückgelegten **Dienstzeit** wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Das Haus ist damit einverstanden, daß der Antrag der **Unabhängigen** auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wegen der

Grubenkatastrophe

auf der Zeche Mont Cenis sofort behandelt wird.

Abg. **Rodemann** (U.S.) vertritt den Antrag.

Abg. **Hué** (Soz.) unterstützt ihn. Die Untersuchungskommission müsse sofort aus unparteiischen Vertretern der Arbeiter zusammengesetzt werden und dürfe nicht von der Bergwerksverwaltung verantwortlich geleitet werden.

Abg. **Gothein** (Dem.): Wir alle wünschen restlos die Aufklärung, aber die Mitglieder der Bergbehörde können jetzt nicht schon als Angeklagte betrachtet werden, die sich vor dem Untersuchungsausschuß verantworten sollen. Gegen die Annahme des Antrages bestehen große Bedenken. Die Beratung der Interpellation sollte zurückgestellt werden.

Abg. **Hué** (Soz.) widerspricht den Ausführungen des Abg. Gothein. Die Betriebsräte hätten durch die Schuld der parlamentarischen Mehrheit gar nicht die Möglichkeit erhalten, die Sicherheit im Bergbau zu verfolgen. Die Vertreter der Bergbehörde müßten vom Dienst dispensiert werden, bis sie sich von dem Verdacht der Schuld gereinigt haben. (Unruhe rechts.)

Abg. Dr. **Breitscheid** (U.S.) erläutert den Antrag seiner Freunde dahin, daß ein parlamentarischer Ausschuß gebildet werden soll, und wozu nach der Verfassung der Willensausdruck eines Fünftel der Abgeordneten genügt.

Abg. **Imbusch** (Ztr.) ist nicht gegen eine Untersuchungskommission, befürchtet aber, daß sie jetzt nach der Katastrophe nicht mehr viel Aufklärung schaffen kann. Redner wendet sich scharf gegen den Abg. Hué, der die Rechte der Betriebsräte und Sicherheitsmänner zu niedrig eingeschätzt habe.

Vizekanzler **Bauer** spricht im Namen der Reichsregierung den Opfern der Grubenkatastrophe das **Beileid** aus. Zur Untersuchung der Ursache werde sich die Reichsregierung mit der zuständigen preußischen Regierung in Verbindung setzen und Vertreter der Arbeiterschaft hinzuziehen. Da die Regierung zu dem Antrage Rodemann noch nicht Stellung nehmen könne, empfehle er, die Debatte jetzt abzubrechen. Wo die Schuld an dem Unglück liege, lasse sich jetzt noch nicht feststellen.

Abg. **Winnefeld** (D.V.): Ich habe nichts gegen einen Untersuchungsausschuß, aber er muß mit Fachleuten besetzt werden. Die Ursache der Katastrophe hätte nur unmittelbar nach ihrem Eintritt festgestellt werden können. Die kommunistischen Betriebsräte verletzten zum großen Teil ihre Pflicht gegen die Bergarbeiter, sie fuhren nicht in die Gruben ein. Wir empfehlen, den Antrag mit der Interpellation zu verknüpfen. (Abg. Plattner (Kom.) ruft: Hausknecht Stinnes!) Er wird deshalb zur Ordnung gerufen.

Ein Vertagungsantrag Koch (Dem.) und Burlage (Ztr.) wird unterstützt.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte stellt Präsident **Loebe** fest, daß der Antrag Rodemann inzwischen die erforderliche Anzahl von Unterschriften gefunden habe; die **Einsetzung eines Untersuchungsausschusses** also **beschlossen** sei. Der Ausschuß soll aus 14 Mitgliedern bestehen.

Abg. **Hué** erklärt, er habe keineswegs ohne weiteres die Bergbehörde jetzt schon als schuldig bezeichnen wollen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr, Wohnsteuer, kleinere Vorlagen. — Schluß 6 Uhr.

Die religiöse Kindererziehung

Berlin, 21. Juni. Der Rechtsausschuß des Reichstags behandelte die Frage der religiösen Kindererziehung. Nach dem vereinigten Antrag von Dr. **Kahl** (DVP.) und Dr. **Radbruch** (Soz.) soll über die religiöse Erziehung der Kinder eine Einigung der Eltern bestimmen. Nach der Vollendung des 14. Lebensjahres soll dem Kinde darüber Selbstentscheidung zustehen, zu welchem religiösen Bekenntnis es sich halten will. Der Grundgedanke des Antrags wurde vom Ausschuß gebilligt.

Beseitigung des Ausnahmezustandes

WTB. **Berlin**, 22. Juni. In der heutigen Sitzung des **Hauptausschusses** des Reichstags wies bei Beratnug über die **Nachträge zum Reichshaushalt** für 1921 Geheimrat **Brecht** (Reichskanzlei) darauf hin, daß es das Bestreben des Reichspräsidiums und des Reichskanzler sei, die **Aufhebung** von **außerordentlichen Gerichten** nach Möglichkeit zu beschleunigen. Eine diesbezügliche Verordnung über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in **Sachsen** werde veröffentlicht. Wegen des Ausnahmezustandes an anderen Stellen des Reiches seien augenblicklich Verhandlungen mit der Reichsregierung im Gange.

Die Vereinigung von Württemberg und Baden

In der gestern abend im kleinen Saale des Konzerthauses stattgefundenen **Parteiversammlung**, in welcher zuerst das Andenken des verstorbenen Genossen **Pfeifle**-Mannheim geehrt wurde, sprach Gen. Minister Dr. **Engler** über das aktuelle Thema der **Verschmelzung von Baden und Württemberg**. Nachdem der Redner sich anfangs seiner Ausführungen als Gegner einer etwaigen Verschmelzung bekannte und betonte, daß für die Parteigenossen und die Partei keine Verpflichtung für die Verschmelzungsbejahung bestehe, führte er etwa aus:

Die Befürworter der Verschmelzung führen als Gründe hierfür an: Unsere unnatürliche Grenze, Beseitigung der Hindernisse, welche eine Grenzlinie für das Wirtschaftsleben schafft, Sicherung der republikanischen Staatsform durch Verwischung der alten Landesgrenze, Vereinfachung und Ersparnisse in der Staatsverwaltung, Schaffung eines Gegengewichtes gegen Bayern und Preußen im Reich, besserer Ausgleich in der Lebensmittelversorgung. Richtig ist, daß die Grenzlinie Badens gegen Württemberg an vielen Stellen unnatürlich verläuft, in beiden Ländern wurde aber im Laufe der Zeit der Ausbau des Landstraßen- und Eisenbahnnetzes angepaßt. Durch die **Verreichlichung** der **Eisenbahnen** und der **Wasserstraßen** können die Verkehrsfragen für oder gegen die Verschmelzung nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Wirtschaftsgrenzen sind die Zollgrenzen, und Zölle gibt es glücklicherweise innerhalb Deutschlands nicht mehr. Eine große Rolle in der Debatte spielt die **Vereinfachung in der Staatsverwaltung**; dabei werden zwei Punkte in den Vordergrund geschoben. Eine Vergrößerung der Amtsbezirke zu der Größe wie die württembergischen. Diese Frage wurde in Baden schon oft erörtert. Eine Zusammenlegung von Bezirken kann in einzelnen Fällen erfolgen, die Personalersparnis ist aber nicht groß, und was der Fiskus an Personalausgaben erspart, geht dem Volk durch höhere Reisekosten und Zeitversäumnis mehrfach wieder verloren. Dann wird gesagt, daß durch die Verschmelzung der Regierungsapparat billiger werde. Man brauche nur eine Regierung und nur einen Landtag. Geringer wird nur die Zahl der Minister, aber nicht die Zahl der Regierungsbeamten. Eine wesentliche **Ersparnis** könnte allerdings gemacht werden beim Parlament. Die Zahl von 80 Abgeordneten würde auch für die beiden Länder genügen. Hier spricht aber die Notwendigkeit politischer Erziehung gegen die Ersparnis. Mit den zu machenden Ersparnissen kann also die Verschmelzung nicht begründet werden. Die wirtschaftlichen Gründe fallen weder für, noch gegen die Verschmelzung schwer in die Wagschale und wer in diesem Zusammenhang von Naturnotwendigkeiten und dergleichen spricht, arbeitet mit Schlagworten ohne Inhalt.

Anders liegt es bei den **politischen Gründen**. Die Sicherung der republikanischen Staatsform ist für uns nicht nur eine Prinzipienfrage, sondern eine Frage, von deren Lösung das Wohl des deutschen Volkes abhängt. Ein monarchistisches Deutschland würde wieder ganz Europa zu unseren Feinden machen und die innerpolitische Entwicklung und den wirtschaftlichen Aufstieg um Jahrzehnte zurückwerfen. Die Frage ist aber, ob die Bildung großer Bundesstaaten im Reichsinteresse liegt. Und damit komme ich zu der Schaffung eines **Gegengewichts gegen Bayern** und **Preußen** im Reich. Die Befürworter der Verschmelzung denken auch an den Anschluß von Hessen und der Pfalz. Damit wäre ein Bundesstaat geschaffen, größer als das rechtsrheinische Bayern. Das würde zur Folge haben, daß sich die thüringischen Staaten an Sachsen anschließen würden, und das deutsche Reich bestünde nunmehr in der Hauptsache aus den vier großen Bundesstaaten. Aber das Ziel unserer Partei muß doch sein: ein **einheitliches Reich** mit weitgehenden Befugnissen in der Gesetzgebung, weitgehende Dezentralisation in der Verwaltung, Verwaltungsgebiete dürfen aber nicht zu groß sein. Wenn die Reichseinheit gesichert werden soll, dann muß der bundesstaatliche Charakter der Länder noch mehr zurücktreten und die Verwaltungsprovinz mehr zum Vorschein kommen.

Von den **Gegnern der Verschmelzung** wird geltend gemacht, daß kein Staatsbewußtsein für einen südwestdeutschen Staat im Volke vorhanden sei. Dieser Einwand ist richtig, und es ist auch gar nicht wünschenswert, daß sich ein solches Bundesstaatsbewußtsein bildet. Unsere staatlichen Einrichtungen müssen so werden, daß wir uns als **Deutsche** fühlen. Manche behaupten auch, daß die Liebe der Württemberger zu Baden erst erwacht sei, nachdem man den hohen Wert der badischen Naturschätze kennen gelernt hatte. Richtig ist, daß Baden in seinen geordneten Finanzen, in seinem umfangreichen Domänenbesitz und an seinen Wasserkräften Werte besitzt, die von den württembergischen Verschmelzungsfreunden besser bewertet werden als von den badischen. Es ist z. B. sehr bescheiden gerechnet, wenn man den Wert der badischen Neckarstrecke um 300 Millionen höher bewertet als die württembergische Strecke.

Schwer wiegt der Einwand, daß die Vereinigung eigentlich gar keine Verschmelzung, sondern ein **Aufgehen von Baden in Württemberg** bedeuten würde. Diese Befürchtung ist sehr begründet. Fast ganz Württemberg ist schwäbisch und hat seine geistige und wirtschaftliche Zentrale so überwiegend in Stuttgart, daß andere Städte dagegen gar nicht in Betracht kommen.

Die geographische Lage Badens und die Tatsache, daß wir drei Volksstämme, von denen jeder noch starke Mischungen hat, haben, würden das Zustandekommen eines Gegengewichts verhindern. Ein Gegengewicht könnte nur geschaffen werden, wenn der Regierungssitz nach Karlsruhe käme. Nach der Meinung badischer Verschmelzungsfreunde ist diese Forderung aber spießbürgerlich, in Wirklichkeit wissen sie aber, daß die Verschmelzungsfrage für jeden Württemberger erledigt wäre, wenn Stuttgart nicht die Hauptstadt wird.

Nachdem der Verkehr und das Finanzwesen verreichlicht sind, liegen **wirtschaftliche Gründe** für die Vereinigung **nicht vor**, **politische Gründe sprechen dagegen**, weil durch große Bundesstaaten die Reichseinheit gefährdet und die Schaffung von richtigen Reichsprovinzen in anderen Bundesstaaten verhindert

wird. Aus diesen politischen Gesichtspunkten heraus werde ich die Verschmelzung stets bekämpfen. Baden müßte wirtschaftlich Opfer bringen, ohne politisch zu gewinnen. Sollten die Monarchisten jemals wieder an die Macht kommen, so wäre ein württembergischer König recht gerne bereit, auch Baden mit zu „regieren". Wir müssen nicht nur aus allgemein politischen, sondern auch aus **parteipolitischen** Gründen zur **Ablehnung** kommen. Würden wir diese Frage jetzt zur Entscheidung drängen, so würde unser ganzes öffentliches Leben davon beherrscht und die Lösung weit wichtigerer und dringenderer Fragen in den Hintergrund gedrängt. Davon hätte die Arbeiterschaft den größten Schaden.

Die **gemeinsamen Aufgaben** können auf Grund jeweiliger Verständigung gelöst werden. Gerade heute wurde die Neckarfrage zu beiderseitiger Befriedigung gelöst. Dabei wird sich zeigen, ob die Befürchtungen, daß die Württemberger gerne viel auf ihren eigenen Wagen laden, unberechtigt sind. Es können alle Differenzpunkte, wie Donauversickerung, geschlichtet werden. Auf diese Art kann ein Maß von Freundschaft und gegenseitiger Achtung geschaffen werden, welches notwndig ist, wenn später der Abschluß einer Vernunftehe sich notwendig oder zweckmäßig erweisen sollte. Vorerst müssen wir unsere Kraft an wichtigere Aufgaben setzen, und auch die Verschmelzungsfreunde werden bei näherem Umsehen solche Tätigkeitsgebiete finden.

An den Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde, schloß sich eine längere sehr sachliche **Diskussion** an. Gen. Erb bedauerte, daß das Referat nicht auf der Gewerkschaftskonferenz in Baden-Baden gehalten wurde. Er wies auf die Schwierigkeiten im Pforzheimer Industriegebiet hin, die für eine Verschmelzung sprechen. Durch die Vereinigung könne er keine Gefährdung des Reichseinheitsgedankens erblicken. — Gen. Marum ist für die Schaffung einer deutschen Einheitsrepublik. Auf alle Fälle dürfe die Verschmelzungsfrage nicht eine Wahlparole werden. Im Interesse der Stärkung der Macht des Reiches seien Verwaltungsprovinzen notwendig, nicht aber die Bildung von neuen Bundesstaaten. Auch verwaltungstechnische und parteipolitische Gründe sprechen gegen eine Vereinigung. — Gen. Beetz betonte, daß die ganze Frage vom rein deutschen Gesichtspunkt behandelt werden müsse. Gegen das reaktionäre Bayern sollte allerdings ein großer süddeutscher Bundesstaat als Gegengewicht vorhanden sein. Bei den Reichseisenbahnen fehlt immer noch der einheitliche Gedanke, der durch ein Vereinigung von Württemberg und Baden verbessert werden könnte. — Gen. Runge betonte, daß man die Vereinigungsfrage auch für eine Magenfrage halten könnte. Unser Bestreben muß die Bildung von Wirtschaftsprovinzen sein. Für die Partei darf die Verschmelzungsfrage keine Parteifrage werden. — Gen. Roßbach schloß sich den Ausführungen des Gen. Marum an und trat für ein einiges einheitliches Reich ein. Wir können nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern müssen nach Errichtung von Verwaltungsprovinzen streben. — Gen. Sauer hält eine Verschmelzung im Interesse der Arbeiterschaft Mittelbadens nicht für gut und kann dem Beschluß des Baden-Badener Gewerkschaftskongresses in der Verschmelzungsfrage nicht beipflichten. — Gen. Schelanske vertrat den Standpunkt, daß wir nie etwas vertreten dürfen, was trennend wirkt. — Gen. Funk besprach die Frage vom Standpunkt der Verkehrspolitik und der Ernährung aus und brachte Gründe für und gegen die Vereinigung vor.

Im **Schlußwort** ging der Referent auf verschiedene Einwendungen ein und betonte nochmals, daß die wirtschaftlichen Gründe nicht für eine Vereinigung ausreichen. Solange es Bundesstaaten gebe, seien Konflikte mit dem Reiche nicht zu vermeiden, deshalb muß man für Verwaltungsprovinzen eintreten.

Nach dem Schlußwort, das ebenfalls beifällig aufgenommen wurde, erreichte die harmonisch verlaufene Versammlung ihr Ende.

Aus dem Lande

Bruchhausen, 22. Juni. Einem hiesigen Bürger wurden 10 junge Enten gestohlen. Für die Namhaftmachung der Täter ist eine Belohnung von 100 M ausgesetzt.

Pforzheim, 22. Juni. In der vergangenen Nacht hat sich ein 17 Jahre alter Stahlgraveur beim Eingang des Ispringer Tunnels von einem Zug überfahren lassen. Der Grund zur Tat dürfte Furcht vor Strafe sein.

Heidelberg, 22. Juni. Gestern abend gegen 10 Uhr befanden sich ein Dienstmädchen mit ihrer Freundin und ihrem Liebhaber in lustiger Stimmung auf dem Heimwege. Das Dienstmädchen, die 22 Jahre alte Emma Vögtle aus Waldwimmersbach brach plötzlich zusammen und war sofort tot. Als Todesursache wurde Herzschlag festgestellt.

Mannheim, 21. Juni. Wie bereits berichtet, konnten die Mannheimer Gemäldediebe in Frankfurt festgenommen werden. Sie wurden verhaftet, als sie im Begriffe standen, die Gemälde an einen Franzosen zu verkaufen. Der Haupttäter ist der Schlosser Friedrich Netzinger, der vor einem Jahre aus dem Zuchthaus ausgebrochen war und seitdem besonders die Umgegend von Frankfurt unsicher gemacht hatte. Die Täter hatten sich von den wertvollsten Gemälden dadurch Kenntnis verschafft, daß sie am Tage vorher in der Gemäldegalerie dem Vortrage eines Lehrers zugehört hatten.

Lahr, 22. Juni. Wegen Abtreibung bezw. wegen Beihilfe hierzu wurden hier verhaftet eine 21 Jahre alte ledige Näherin, deren Liebhaber ein 24 Jahre alter lediger Kaufmann, und eine Kartenschlägerin, die seit ihrem Hiersein stets großen Zuspruch hatte.

Lahr, 22. Juni. Ein 7jähriges Kind, das mit Zündhölzern spielte, wollte das brennende Zündholz vor einem das Zimmer betretenden Familienangehörigen verbergen. Es hielt das Streichholz hinter sich, wodurch die Kleider in Brand gerieten und es schwere Brandwunden erlitt.

Kappelrodeck, 22. Juni. Schwerer Unfall. Ein schwerer Unfall stieß einem jungen Mann in hiesigem Orte beim Schnapsbrennen zu. Der Schnapskessel explodierte plötzlich und die Kleider des jungen Mannes fingen Feuer. Mit brennenden Kleidern sprang er aus dem Hause. Einige Männer löschten das Feuer durch Begießen, doch hatte er so schwere Brandwunden erlitten, daß an seinem Aufkommen gezweifelt werden muß.

Waldstetten, 21. Juni. Vergebliche Wasserbohrung. Auf Veranlassung des Wünschelrutengängers Edler von Graeve wurde hier bereits am 1. März mit Bohrungen nach Wasser begonnen. Nach den Angaben des Herrn von Graeve sollte sich in einer Tiefe von 21 Meter Wasser finden. Dies traf jedoch nicht ein. Man bohrte bis zu 30 Meter, bis zu 45 und 50 und fand kein Wasser. Der Gemeinderat hat nun beschlossen bis zu 60 Meter bohren zu lassen. Die Kosten belaufen sich schon jetzt auf über 20 000 M.

-t. **Riegel**, 21. Juni. Um den Obst- und Gemüsediebstählen auf hiesiger Feldflur vorzubeugen, hat sich in Riegel eine Bürgerwache gebildet, deren Aufgabe darin besteht, nächtliche Streifzüge auf der Gemarkung der Gemeinde zu unternehmen. Laut „Breisg. Nachr." ertappte diese Wache in der vergangenen Sonntagnacht nicht weniger als sechs Radfahrer, welche im Begriff waren, die mitgebrachten Rucksäcke mit Kirschen zu füllen. Sie wurden festgenommen und zur Feststellung ihrer Personalien dem Bürgermeisteramt vorgeführt. Das dicke Ende bleibt natürlich nicht aus.

Wanderkarte Baden—Achern. Die vom Badischen Schwarzwaldverein herausgegebene farbige Wanderkarte Blatt Baden—Achern ist soeben im Verlag der Buchhandlung von Müller u. Gräff in Karlsruhe in neuer Auflage erschienen. Den Schwarzwaldwanderern wird das vielbegehrte Blatt in der bekannten sauberen Ausführung (Maßstab 1 : 50 000) für die Reisezeit ein willkommener Wanderfreund sein. Es ist in allen Buchhandlungen erhältlich und kostet unaufgezogen, aber in Umschlag, 15 M. Die Mitglieder des Schwarzwaldvereins erhalten das Blatt durch Vermittlung ihrer Vereinsvorstände um den ermäßigten Preis von 10.30 M.

Aus der Stadt

* **Karlsruhe**, 23. Juni.

Geschichtskalender

23. Juni. 1919 16. Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine in Hamburg. — 1919 Unruhen und Plünderungen im Norden Berlins. — 1920 Blutige Unruhen in Mailand.

Karlsruher Parteinachrichten

Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Jeden Freitag von ½5—½6 Uhr Bücherausgabe in der Volksbuchhandlung, Adlerstraße 16. Parteigenossen und Genossinnen, macht von unserer reichhaltigen Bibliothek regen Gebrauch, erweitert euer Wissen, denn Wissen ist Macht!

Verein Arbeiterjugend Karlsruhe. Heute abend findet eine Zusammenkunft im Handarbeitssaale der Hebelschule, Eingang Kreuzstraße, statt. Die Mitglieder werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Zur Einführung der Sonntagsfahrkarten

Der kreisende Berg hat ein Mäuslein geboren. Nach langen Bemühungen werden ab 1. Juli d. J. Sonntagsfahrkarten zu ermäßigten Preisen ausgegeben, um auch den Aermsten des Volkes den Besuch von Bergen und Wäldern zu ermöglichen. Als diese Nachricht vor einigen Wochen durch die Presse ging, wurde diese Kunde überall mit Befriedigung aufgenommen. Ein langgehegter Wunsch der Wanderer und Naturfreunde sollte doch in Erfüllung gehen. Nun geht vor einigen Tagen eine kleine Pressenotiz durch den Blätterwald, wonach die Einführung der Sonntagskarten, wohl nur im bedingten Maße zutrifft, und zwar soll nur ab **Mannheim** und **Karlsruhe**, versuchsweise die Verkehrserleichterung durchgeführt werden. Es ist leicht begreiflich, daß diese Notiz in weiten Bevölkerungskreisen, außerhalb Karlsruhe und Mannheim Befremden, ja auch Erregung verursacht. Schon werden die Wanderorganisationen mit Anfragen Protesten etc. überschüttet. Alle Städte, Gemeinden etc. werden hier sich bemühen, um auch in den Genuß der Verkehrsverbilligung zu kommen. Es ist dieses auch vollständig gerechtfertigt, denn ein Bürger in Freiburg, Waldshut etc. hat doch mindestens gerade das gleiche Recht, wie ein Bürger von Mannheim und Karlsruhe. Er wird nicht einsehen, daß betriebstechnische Gründe dieses nicht ermöglichen sollen. Damit die Reichseisenbahnverwaltung in der Zeit des Versuches Gelegenheit zum Studium dieser Frage hat, möchte ich hier folgenden Vorschlag zur Einführung von Sonntagskarten unterbreiten:

Grundsätzlich soll ab Samstag nachmittag bis Sonntag nachts an alle Schichten der Bevölkerung Sonntagskarten verabfolgt werden, und zwar auf eine Entfernung von 60—75 Kilometer. Schnellzüge ausgeschlossen. Zur Erleichterung der Abfertigung (zur Beseitigung der betriebstechnischen Gründen) gibt es hierzu nur ein sog. **Fahrscheinheft** ähnlich wie die früheren Kilometerhefte mit 100, 200, 500, 1000 evtl. auch für Vereine bis 5000 Kilometer zu 8—9 Pfg. pro Kilometer. Die Hefte erhalten den Stempel der Ausgabestation. Von dieser, oder nach dieser werden die Kilometerfahrten eingetragen. Hier wäre mißbräuchliche Benützung auch vollständig ausgeschlossen. Mehrere Personen können das Heft (gemeinsam) benützen. Das Heft kann evtl. nur an bestimmten ruhigen Tagen verkauft werden, sodaß eine Mehrarbeit im Allgemeinen nicht entsteht, und an Sonn- und Feiertagen die Abfertigung des Publikums rasch gewährleistet würde. Mögen obige Anregungen bei den betr. Behörden diese Prüfung finden, die sie im Interesse der Beruhigung weiter Volksschichten, wie auch der gleichen Behandlung aller Volkskreise verdient. H. C—z.

Wie uns mitgeteilt wird, hat sich der Gau Baden des T.-V. „Die Naturfreunde" an den Vertreter für Sport und Leibesübungen im Kultusministerium gewandt, mit der Bitte, alle in Betracht kommenden Vereine zu einer Aussprache über diese Frage in den nächsten Tagen zusammenzuberufen. Von der sozialdem. Fraktion des Landtags wurde bekanntlich ebenfalls einen Antrag eingereicht, um für alle Stitionen die Fahrpreisermäßigung für Sonntagsfahrkarten zu erwirken.

Die öffentliche Versammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten,

welche gestern im kleinen Festhallesaal stattfand, war gut besucht, der Saal war überfüllt. Der Referent Kamerad Pfändner-Berlin, der über „Die neuen Programmforderungen des Reichsbundes" sprach, entledigte sich seiner Aufgabe in ganz vorzüglicher Weise. Die Versammlung nahm einen guten Verlauf. Eine Resolution, welche sich in der Hauptsache mit der Verschleppungstaktik der Versorgungsbehörden bei Umanerkennung der Renten befaßte und im besonderen die Absetzung des Direktors vom hiesigen Hauptversorgungsamt verlangte, wurde einstimmig angenommen. Kurz nach 11 Uhr hatte die Versammlung ihr Ende erreicht. (Näherer Bericht folgt.)

Hagelschaden. Wer durch das Hagelwetter am 4. Juni Schaden an Feld- oder Gartenfrüchten auf Gemarkung Karlsruhe erlitten hat, soll sich laut Bekanntmachung des Bürgermeisteramts vom 21. Juni jeweils etwa 14 Tage vor Aberntung der beschädigten Früchte beim Städtischen Statistischen Amt, Zähringerstraße 98, melden.

= **Zur Errichtung einer Gedenktafel zum Andenken an die Kriegsgefallenen des hiesigen humanistischen Gymnasiums** werden die Schüler der Oberklassen Kleists Drama: „Die Hermannsschlacht" zur öffentlichen Aufführung bringen. Die Vorstellungen finden am Mittwoch den 29. Juni und Freitag den 1. Juli, abends 7 Uhr, im evang. Gemeindehaus, Blücherstraße 11, statt und stehen unter der Leitung von Herrn v. d. Trenck-Ulrici vom hiesigen Landestheater.

Landestheater. Für die diesjährige Sommer-Operettenspielzeit im städt. Konzerthaus, die, wie bereits gemeldet, am Sonntag, 3. Juli, mit der Erstaufführung der neuen Operette von Oskar Straus, „Der letzte Walzer", eröffnet wird, sind als Solokräfte folgende Künstler verpflichtet worden: Lola Karoly vom Stadttheater in Würzburg, Linel Schaaf von Frankfurt a. M., Lotte Lange-Bake vom Landestheater in Karlsruhe, Annie Rainer vom Raimundtheater in Wien, Emma Voll von der „Komischen Oper" in Essen, Henry Berg vom Thaliatheater in Elberfeld. Hans Felder von der „Komischen Oper" in Essen, Julius Herold vom Stadttheater in Würzburg, Carl Loebell von der „Komischen Oper" in Essen, Julius Steiner vom „Bürgertheater" in Wien, Peter Hoenselaers vom Stadttheater in Würzburg; ferner als erster Kapellmeister Joseph Kellner vom Stadttheater in Würzburg und als zweiter Kapellmeister Alexander Federscher. Die Oberregie führt Carl Loebell.

= **Aus der Fremdenlegion.** Bekanntlich gibt es immer wieder junge unerfahrene Leute, die den Versprechungen irgendwelcher Werber folgen, ohne sich bewußt zu sein, was der Eintritt in die Fremdenlegion für sie bedeutet. Eine Parteigenossin in **Frankfurt** hat dieser Tage von ihrem in die Legion eingetretenen Bruder einen Brief folgenden Inhalts erhalten:

„Liebe Lina Endlich komme ich dazu, Dir einmal zu schreiben. Ich war 8 Monate an der syrischen Front, jetzt bin ich krank im Hospital. An die Zeit an der Front werde ich mein Leben lang denken. Komme ich wieder zurück zur Kompanie, so werde ich wahrscheinlich wahnsinnig, denn jeden Tag die großen Märsche und die Gefechte mit den Beduinen, das halte ich nicht mehr aus. Elf Mann von uns sind wegen Desertion erschossen und mehrere zu 5 bis 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Also mit einem Wort, es ist die **Hölle auf Erden!**"

Der Brief bestätigt vollkommen, was nicht allein die amtlichen deutschen Stellen, sondern auch andre junge Leute über ihre Erlebnisse in der Fremdenlegion mitgeteilt haben. Beim Eintritt junger Leute in die französische Fremdenlegion kam es in der letzten Zeit sehr oft vor, daß die Betreffenden erklärten, sie seien 20 Jahre alt, trotzdem sie noch viel jünger waren. Sobald sie die Leiden der Fremdenlegion dann zu fühlen begannen, suchten sie wieder entlassen zu werden mit der Begründung, daß sie das pflichtige Alter noch nicht erreicht hätten. Einer Mitteilung des deutschen Auswärtigen Amtes zufolge lehnt es die französische Regierung seit einiger Zeit grundsätzlich ab, die 18- bis 20jährigen Legionäre zu entlassen, wenn sie bei ihrer Verpflichtung den Tatsachen zuwider erklärt hatten, bereits 20 Jahre alt zu sein. —

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheschließung. Albert Heil von Kapsweyer, Kaufmann hier, mit Elise Widmann von hier. Paul Gieseler von Schönnewitz, Kaufmann in Düsseldorf, mit Herta Nissen von Dresden.

Geburten. Ilse Antonie Anna, V. Theodor Imhof, Polizeiwachtmeister. Gertrud Emilie, V. Emil Kapferer, Mechaniker. Berta Franziska, V. Heinrich Rohe Kutscher. Franz Ludwig, V. Ludwig Pferer, Heizer. Emil, V. Karl Schmidt, Rangierer. Josef Alois, V. Alois Betzler, Postbote. Rudi Peter, V. Ernst Contini, Techniker. Rolf Hans Otto, V. Johann Gottlieb, Oberpostsekretär. Karl Erich, V. Theodor Hipp, Mechan. Hildegard, V. Julius Hamm, Obergeometer. Elisabeth Maria, V. Wilhelm Brenneisen, Schlosser.

Todesfälle. Tilo, alt 8 Jahre, V. Philipp Trunk, Oberjustizsekretär. Gertrud Stauch, ohne Beruf, alt 21 Jahre.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Konservatorium für Musik der Landeshauptstadt Karlsruhe

Eine erhebende Feier zum Gedächtnis von Professor Hch. Ordenstein, dem Gründer und ausgezeichneten Leiter des Konservatoriums für Musik, fand Ende letzter Woche statt, die durch ihre Einfachheit von stark eindringlicher Wirkung war. An den Eingang hatte man den Choral von Johann Sebastian Bach gestellt „Wenn ich einmal soll scheiden"; künstlerisch unter Hch. Cassimirs Leitung vom Chor und Orchester der Anstalt dargeboten. Wundervoll, mit tiefer Beseelung sang Kammersänger Jan van Gorkom die „Litanei" und „Sei getreu bis in den Tod" von Franz Schubert, dessen Chorwerk „Gott ist mein Hirt", und ein gleiches, der 63. Psalm von Dr. Hermann Junker, sich anschlossen. Wir wollen heute auf die warmen Worte von Friedrich Worret, des Jugendfreundes und Mitarbeiters nicht eingehen; sind wir doch der Ueberzeugung, daß am Ende, der sich über eine Woche hinziehenden Vorspiele das Wirken dieses seltenen Mannes, dieses Künstlers und Pädagogen, nochmals klar erschauen läßt. So gedenken wir dort auf Ordensteins Wirken, auf sein Lebenswerk — das ist tatsächlich das Konservatorium mit über tausend Schülern — in Kürze einzugehen.

*

Vorspiele: Die beiden Worte „öffentliche Prüfungen" möchte ich nicht gebrauchen; wer Vorspiele einmal mitmachen mußte, weiß den Grund. Bei den meisten Auftretenden der zwei zurückliegenden Tage konnte man ein doppeltes Ankämpfen beobachten: gegen das Vortragsstück und gegen eine natürlich einsetzende Befangenheit. Bei einer Beurteilung, soweit eine solche überhaupt am Platze ist, fällt dies in diesem Falle nicht als Schwere in die Wagschale; weil das Wichtige: das Talent, die Schulung zu erkennen, man trotz der angedeuteten Beengungen feststellen kann. So möchte ich am liebsten nur auf Talente das Augenmerk richten, zumal man es anderwärts auch so macht, aber auf der anderen Seite kenne ich die Gefühle der Auftretenden, welche sich glühend freuen auch einmal lobend genannt zu werden. Und warum auch nicht diesen alt-ehrwürdigen Brauch weiterpflegen, wenn man Kommenden damit Freude machen kann.

Und Kommende d. h. unzweifelhaft talentierte, welche beachtenswertes leisten, sind darunter. Johanna Schroff aus der Gesangsklasse der Frau Kammersängerin Gisela Staudigl besitzt eine ausgesprochene Veranlagung für den Koloratursang und scheint eminent musikalisch. Mit der Warnung der Erda aus Wagners „Rheingold" und zwei Liedern von Franz Schubert entzückte Erna Albert mit ihrem Alt, dazwischengestellt waren moderne Lieder, welche Gertrud Braun mit reizvoller Vortragskunst zum besten gab. Angenehm berührt bei den Dreien die natürliche Bildung der Töne und die tadellose Aussprache. Mit zwei sehr gut gegebenen Stücken von Chopin stellte Maria Kopf ihr Können ins hellste Licht und Lisa Rosinus brachte die Sonate für Violine „Folies d'Espagne" von A. Corelli zu vollen Ehren, wofür ihr herzlicher Dank gebührt. Ein klavieristisches Talent ist Paul Fritz, von dem man den „Faschingsschwank" von Robert Schumann vernahm; das sucht er auch äußerlich im Zurücklehnen und Vorwärtsbeugen — genau wie die Großen — anzudeuten. Als würdige Eröffnungsnummer brachten Lulu Dorner, der wir in Kirchenkonzerten bereits öfters begegnen durften, mit der gewandten Heddy Knoll am Flügel die Bratschen-Sonate von Johannes Brahms mit Reife. Die Begleitungen führten Eugenie Schneider und Mathilde Roth, eine bereits aufs beste Bekannte, mit hervorragendem Gelingen durch.

Im zweiten Vorspiel hörte man zunächst eine Odenstein-Schülerin Anna Sautter das Klavierkonzert in C-dur von Beethoven mit sehr gutem technischen Rüstzeug und musikalischem Verständnis spielen. Zu einem ganz vorzüglichen Violinisten ist Günther Eberle herangereift; er zählt zu jenen, die man im Auge behalten darf. Mit dem gebotenen Konzert von J. S. Bach bekundete Edith Vollmair mit der sicheren Bewältigung des Violinparts ein gutes Verständnis. Die Arie des Tamino aus Mozarts „Zauberflöte" wurde durch Hch. Spath, der sehr entwicklungsreiches Material besitzt, in verständnisvoller Weise gesungen. Eine solide klavieristische Schulung besitzt Irene Drach; sie zeigte für das D-moll Konzert von W. A. Mozart gutes Verständnis. Paula Kübele zeigte mit der Arie aus „Hans Heilung" ihr großes stimmliches Material. Neben ihr steht die Sopranistin Jenny Dezner mit weit vorgeschrittener Schulung und geschmackvoller Vortragskunst. Den Schluß machte Irma Stein mit der tadelfreien Ausführung eines Klavierkonzertes von Beethoven. — Auffiel in den Klavierklassen der gute Anschlag. Und zwar durchweg. M. Ft.

Konservatorium für Musik der Landeshauptstadt Karlsruhe: am Donnerstag den 23. Juni: Prüfungskonzert der Ausbildungsklassen 5 Uhr im Saal der Anstalt.

Kleine Nachrichten

Berlin. In der Auseinandersetzung des preußischen **Finanzministeriums** mit dem **Prinzen Friedrich Leopold von Preußen** wegen Beschlagnahme der dem Prinzen gehörenden Besitzung **Flatow-Krojanke** ist ein **Vergleich** abgeschlossen worden. Die Regierung hat sich verpflichtet, als Vorschuß auf die Einnahmen aus den von ihr beschlagnahmten Liegenschaften des Prinzen sämtliche während seines Aufenthalts in Lugano gemachten Schulden zu bezahlen. Diese Vorzahlungen werden sich auf etwa 1 400 000 *M* belaufen. Der Prinz wird nunmehr Lugano noch im Laufe dieses Monats verlassen und voraussichtlich auf seine Besitzung Flatow-Krojanke Wohnung nehmen.

Letzte Nachrichten

Eine stürmische Sitzung im bayerischen Landtag

München, 22. Juni. Nachdem die Koalitionsparteien im Landtag eine gemeinsame Erklärung abgegeben hatten, in der sie die **parteipolitische Ausbeutung des Mordes an Gareis** verurteilten, sprachen für die Sozialdemokraten und Unabhängigen die Abgg. Ackermann und Blumglück und der Kommunist Aenderl, die neue scharfe Angriffe gegen die Regierung richteten. Der unabhängige Redner erklärte, wenn noch ein Arbeiterführer beseitigt würde, dann würden **dafür drei auf der anderen Seite daran glauben müssen.** Dann sprach der Staatssekretär des Innern Dr. Schoveyer, der während seiner Ausführungen durch die Linksparteien durch heftige Zwischenrufe fortwährend unterbrochen wurde, die den Präsidenten immer wieder zum Einschreiten zwangen. In den Zurufen wurde er ein „unverschämter Kerl" genannt, mit dem „Hinauswerfen" bedroht, als „frecher Hund" bezeichnet usw. Hierauf nahm das Wort der Justizminister Dr. Roth, der die Versuche der Linken zurückwies, die Justiz zum politischen Machtinstrument zu benutzen und erklärte, daß die bayerischen Richter trotz aller Schmähungen und Drohungen sich von ihrer Gerechtigkeit und Unparteilichkeit nicht werden abbringen lassen.

Die Interpellationen der sozialistischen Parteien wurden schließlich für erledigt erklärt. Der Präsident beklagte aber noch den Tiefstand, der sich in den Verhandlungen gezeigt habe, und erklärte, wenn in Zukunft die Verhandlungen im Hause auf einen so niedrigen Stand gelangen sollten, wie er aus den Zwischenrufen, die heute besonders von dem Abgeordneten Enderl gefallen sind, gehört habe, worin der Staatssekretär als ein Hund und unverschämter Kerl bezeichnet worden sei, würde das ein Mangel an Verständnis für die nötigen Anstandspflichten eines Volkes sein. Das Haus vertagt sich schließlich auf morgen.

Auflösung des Berliner Wachtregiments

WTB. Berlin, 22. Juni. Wie wir erfahren, ist die von den Alliierten geforderte Auflösung des Berliner Wachtregiments stattgegeben worden. Der Befehl zur Auflösung ist erteilt worden.

Deutsch-französischer Notenwechsel wegen Oberschlesien

Berlin, 22. Juni. Bei der deutschen Regierung ist eine französische Note über Oberschlesien eingegangen. Es wird in der Note behauptet, daß die Bemühungen der interalliierten Kommission sehr oft von Erfolg gewesen seien und daß die polnische Regierung den Aufständischen nicht diejenige Unterstützung zuteil werden lasse, wie es die deutsche Regierung annehme. Die polnischen Insurgenten hätten ihre gute Absicht für die Liquidation des Aufstandes bereits durch die Tat erwiesen. Es käme im Augenblick nicht darauf an, irgend welche Ausschreitungen der Vergangenheit ans Licht zu ziehen. Bei dem General Höfer handle es sich um Unterwerfung. Das sei das einzige, was sich aus der Lage ergeben habe.

Berlin, 23. Juni. Der deutsche Botschafter in Paris hat am 21. Juni der Botschafterkonferenz eine Note mit Anlagen übergeben, die auch den Regierungen in London, und Rom mitgeteilt worden ist, es heißt darin: Am 2. Juni haben im abgetretenen ehemaligen deutschen Gebiet in Ostrow schwere Ausschreitungen der polnischen Bevölkerung gegen die deutsche stattgefunden. Die rund 600 000 in Deutschland lebenden Polen können nach wie vor fast unbehelligt ihren Geschäften nachgehen und genießen den Schutz der Verfassung und der Gesetze. Dieser Schutz, der den Minderheiten durch den Vertrag von Versailles gewährt wird, fehlt im abgetretenen Gebiet, wie die Vorgänge in Ostrow beweisen. Indem die deutsche Regierung die Vorgänge in Ostrow zur Kenntnis bringt, beehrt sie sich, den Botschafterrat zu ersuchen, die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die unbedingte Notwendigkeit eines vollkommenen Schutzes der nationalen und der religiösen Minderheiten, gemäß dem Friedensvertrag, zu lenken.

Weitere Uebergriffe der Polen

Berlin, 23. Juni. Nach einer Meldung des „Berl. Lokalanzeigers" sind an der Stadtgrenze von **Gleiwitz** von den polnischen Insurgenten zwei junge Deutsche **ermordet** und mit Aexten furchtbar zugerichtet worden. In **Schonberg** wurden die deutschen Bewohner mit Gummiknüppeln in furchtbarer Weise gemartert. Nach einer weiteren Meldung aus **Gleiwitz** wurden bei der Beerdigung des polnischen Stadtverordneten **Uszeyk** sämtliche Stadtverordnete gezwungen, durch eine von den Insurgenten gestellte Ehrenkompagnie in voller Waffenausrüstung hindurchzulaufen. Trotz des von den Franzosen erlassenen Verbotes, Waffen zu tragen, ließ diese die Verhöhnung des Stadtverordnetenkollegiums ruhig geschehen.

Deutschen-Pogrome in Bromberg

Danzig, 22. Juni. (Privattel.) In Bromberg ist es gestern wiederum zu schweren Ausschreitungen gegen die ansässigen Deutschen gekommen. Zahlreiche Läden wurden **geplündert;** Deutsche wurden **schwer mißhandelt, verwundet und beraubt.** Zahlreiche Verhaftungen Deutscher sollen vorgekommen sein. Die Zeitungen gelangen nicht über die Grenze; auch die in **deutscher** Sprache erscheinenden **Danziger Zeitungen** wurden in den letzten Tagen an der polnischen Grenze **beschlagnahmt.** In dem Bromberger Deutschen-Pogrom scheint System zu liegen. Sie werden nicht etwa von der ansässigen polnischen Bevölkerung ausgeführt, sondern von Elementen, die aus Kongreßpolen herübergekommen sind.

In Frankreich verurteilte deutsche Offiziere

WTB. Paris, 23. Juni. Der deutsche Hauptmann **Lehmann** ist unter der Beschuldigung, das Archiv des Advokaten in **Cirey** fortgeführt zu haben, vom Kriegsgericht zu **Nancy** zu **10 Jahren Zwangsarbeit** verurteilt worden. Der Leutnant **Goeb** wurde, weil er Bettzeug, das einem Lehrer in Beaumont gehörte, weggeführt haben soll, zu **1 Jahr Gefängnis** verurteilt. Die Verurteilung erfolgte in beiden Fällen in Anwesenheit der Angeklagten.

Amerikanische Anti-Rauchbill

WTB. Paris, 21. Juni. Einer Meldung der „Times" aus **Neuyork** zufolge wurde im amerikanischen Repräsentantenhaus eine Bill eingebracht, den **Frauen das Rauchen** bei einer Strafe von 5 Pfund zu **verbieten.** Im Wiederholungsfalle beträgt die Strafe **25 Pfund** für jede geraucht Zigarette. Wenn eine Frau in einem öffentlichen Lokal raucht, unterliegt der Besitzer der gleichen Strafe.

Jahresversammlung der englischen Arbeiterpartei

WTB. London, 21. Juni. Bei der Eröffnung der in Brighton stattfindenden 21. Jahresversammlung der Arbeiterpartei, an der etwa 1000 Delegierte teilnahmen, die 4 257 000 Mitglieder vertreten, hielt der Vorsitzende Cameron eine Rede, in der er heftige Angriffe gegen die Politik Lloyd Georges richtete. Die Politik der Koalitionsregierung bedeute, nach ihren Ergebnissen zu urteilen, Chaos und Wirtschaftsruin. Der Handel stehe schlecht; denn ein großer Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit sei auf die Tatsache zurückzuführen, daß die britische Regierung gemeinsam mit der französischen, italienischen und belgischen Regierung versucht habe, einen militärischen Frieden abzuschließen und die Regierungen sich verschworen hätten, einen Wirtschaftskrieg zu führen, der möglichst wirksam die Mittelmächte dauernd zu Krüppeln mache. Die Bedingungen des Friedensvertrages seien Deutschland auferlegt worden mit den verhängnisvollen Folgen für das Wirtschaftsleben der Arbeiter in England und allen Ländern der Welt. Auf derselben Konferenz hielt der Sekretär des Verbandes der Bergarbeiter, Frank Hedgesk eine Rede über den Kohlenstreik und kündigte an, daß die Bergarbeiter sich vielleicht den „unvermeidlichen" Mächten, die sie umgeben, beugen müßten.

Valuta-Bericht vom 22. Juni

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 8,40 Cts. Auszahlung Holland notierte 23,38 *M* pro holl. Gulden. Auszahlung Schweiz notierte 11,92½ *M* pro schweiz. Frs. Auszahlung England notierte 264½ *M* pro Pfund Sterling. Auszahlung Frankreich notierte 5,66 *M* pro franz. Frs. Auszahlung Neuyork notierte 70,50 *M* pro Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 23. Juni 1921

Das Hochdruckgebiet über dem Biskayasee dringt vorübergehend gegen Mitteleuropa vor, doch ist eine wesentliche Aenderung der gegenwärtigen kühlen Witterung nicht zu erwarten, da über Schottland ein neues Tiefdruckgebiet erschienen ist. Das kühle, regnerische Wetter dauert an.

Voraussichtliche Witterung bis Freitag, 24. Juni, nachts: Sehr kühl, meist trübe und regnerisch.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 155, gest. 15 Ztm. Kehl 262, gest. 31 Ztm. Maxau 397, gef. 4 Ztm. Mannheim 281 Ztm.

Schriftleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe

Vereinsanzeiger

Bis zu 4 Zeilen Mk. 1.20 die Zeile — Bei 5 u. mehr Zeilen Mk. 1.50 die Zeile

(Veranügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)

Karlsruhe. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) **Blechner und Installateure!** Am Samstag den 25. d. M., abends ½8 Uhr, sehr **wichtige Zusammenkunft** im Lokal zur „Gambrinushalle. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist Ehrenpflicht. 4845 Die Branchenleitung.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft, Abteilung Weststadt.) Morgen Freitag abend nach dem Turnen **Abteilungsversammlung** im „Württemberegr Hof". Vollzähliges Erscheinen erwartet 4848 Die Abteilungsleitung.

Durlach. (Arbeiter-Radf.-Verein.) Samstag, 25. Juni, abends punkt 7 Uhr, im „Gambrinus" **außerordentliche Mitgliederversammlung.** Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben. 4847 Der Vorstand.

Unsere Filialinhaber,

welche den „Volksfreund" durch die Post überwiesen erhalten wollen die für Juli benötigte Bezieherzahl spätestens bis zum Samstag, den 25. ds. Mts., uns mitteilen, sonst kann die Zustellung bis zum 1. Juli nicht rechtzeitig erfolgen.

Verlag des „Volksfreund".

MAGGI's Würze

altbewährt in Qualität und Ausgiebigkeit, ist nur etwa 4 mal so teuer als früher, während andere Nahrungs- und Genussmittel heute mindestens das zehnfache kosten.

Man verlange ausdrücklich MAGGI's Würze.

Vorteilhaftester Bezug in plombierten Originalflaschen Nr. 6.

Billige Möbel

Plüschdiban v. *M* 5.50 an, Diban, ber. neu, sehr billig, Waschkommode, Waschtisch, Waschtoiletten, gebr. und neue, Tische, Stühle, Liegestühle, Flur-Garderobe, Garderobeständer, großer Vogelkäfig (6 Fächer), Villa darstell. u. kleiner Käfig billig, reinwoll. Jaquardecken v. *M* 3.50 p. Paar an.

Röhm Nachf. Rieger, Ritterstraße 34 nächst Gartenstr.

Schränkchen

zu verkaufen. Zähringerstraße 21 II. Anzuf. vorm.

Eine ganze **Bibliothek** für nur **neun Mark**

erhalten Sie durch das „Wirtschaftliche Arbeitnehmer-Taschenbuch". Enthält alles, was man im täglich. Leben rasch wissen muß, z. B.: Verfassung, Friedensvertr., Heerwesen, Finanzen, Steuergesetze, Eisenbahnwesen, Auswanderung, Unternehmer- und Arbeitnehmer-Verbände, Wirtschaftssysteme, Parteiwesen, Redekunst, Massenpsychologie, Sowjet-Rußland, Arbeiter- und Angestelltenrecht, Betriebsrätegesetz, Soziale Versicherung, Reichsversorgungsgesetz, Systeme der Volkswirtschaft, Sozialisierung, Gewinnbeteiligung, Indexziffern, Taylor-System, Schulwesen, Volkswirtschaftliche Fragen, Valuta, Einkommen usw. Preis *M* 9.-, Porto 60 ₰

Volksbuchhandlung Adlerstr. 16.

Baubund-Möbel

Verkauf gegen Teilzahlung

Wohn- u. Speisezimmer, Schlaf-Zimmer, Herren-Zimmer, Küchen

in solider Ausführung den veränderten Zeitverhältnissen in Bezug auf Preis und Formgebung angepaßt

Verkauf gegen Barzahlung

bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft

Bad. Baubund G. m. b. H.

Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22

Eckhaus Rondellplatz, Fernsprecher 5157

Tägl. geöffnet: vorm. 8–12, nachm. 2–6 Uhr

Annahmestellen

an allen Orten gesucht von Strumpferneuerungs-Anstalt und Maschinenstrickerei. Offerten unter Nr. 4844 an das Volksfreundbüro erbeten.

Durlacher Anzeigen.

Ausgabe der Karten für den Brot- und Mehlbezug

Die Ausgabe der Scheine für den Brot- und Mehlbezug für die Zeit vom 26. Juni bis 25. Juli ds. Js. findet in folgender Weise statt:

Am Freitag, den 24. Juni 1921
vormittags von 9 bis 1 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben
A bis mit F
nachmittags von 2 bis 6 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben
G, H und K

Am Samstag, den 25. Juni 1921
vormittags von 9 bis 1 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben
J, L bis mit R und Z
nachmittags von 2 bis 6 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben
S, Sch bis mit W.

Jede Familie hat zwecks Empfangnahme der neuen Scheine den Lebensmittelausweis unbedingt mitzubringen.

Im Interesse einer ordnungsgemäßen Abwicklung der Geschäfte ist es unbedingt erforderlich, daß die Familien zu der für den betr. Buchstaben bestimmten Zeit erscheinen.

Wer die ihm zustehenden Scheine am Ausgabetage nicht abholt, bekommt bei späterer Abgabe eine entsprechende Anzahl Brotmarken abgezogen. 1475

Durlach, 21. Juni 1921.
Kommunal-Verband Durlach-Stadt.

Brennholz-Preise.

Durch Gemeinderatsbeschluß vom 22. Juni 1921 ist der Preis für Brennholz ab städt. Gaswerk mit sofortiger Wirkung bis auf Weiteres wie folgt festgesetzt:

für kurzgesägtes gemischtes Brennholz 15 *M* je Zentner
für ungesägtes (1 Meter langes) gemischtes Brennholz 14 *M* je Zentner.

Für die Zufuhr werden folgende Aufschläge besonders berechnet: Offen in Fuhren frei vors Haus 90 Pfg. je Zentner, in Körben frei Keller 1.40 *M* je Zentner. Besondere Zuschläge für die hochgelegenen Straßen: Turmberg-, Scheffel-, Goethestraße, Wolfsweg, Schlößle und Lußstraße 20 Pfg. je Zentner. 1481

Die Abgabe erfolgt bis auf Weiteres nur gegen blaue Brennholzmarken an die beim städt. Gaswerk eingeschriebenen Kunden.

Durlach, den 23. Juni 1921.
Ortskohlenstelle der Stadt Durlach.

Kohlen-Ausgabe.

Sämtliche bei Joh. Kramb Ww. eingetragenen Kunden können am Freitag, den 24. Juni von mittags 1 Uhr ab:

4 Zentner mitteld. Braunkohlen-Brikett zum Preise von 18,10 *M* je Zentner

ab neues Lager, Pfinzstraße, erhalten.

Zufuhr vors Haus 0,90 *M*, frei Keller 1,40 *M* je Zentner mehr.

Durlach, den 23. Juni 1921.
Ortskohlenstelle der Stadt Durlach.

Rastatter Anzeigen.

An die Bürgerschaft Rastatt!

Oberschlesien in Not! Dieser Ruf geht seit Wochen durch alle deutschen Lande. Bei der Abstimmung haben die Oberschlesier dem deutschen Volke die Treue gehalten. Namenloses Leid und Unglück hat dieser Akt der Treue unter der polnischen Bandenherrschaft über Oberschlesien gebracht. Schlimmer als die Kriegsfurie wütet polnischer Haß und Pöbel in der unglücklichen Provinz. Materielle Hilfe für die bedrängten Brüder in der Ostmark tut dringend not. Nun ist es Pflicht des deutschen Volkes, den Oberschlesiern Treue mit Treue zu vergelten.

Zur Betätigung dieser Treue veranstaltet der Gesangverein „Apollonia" im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung

nächsten Samstag, den 25. Juni, abends

einen Volksliederabend, dessen Erträgnis der Hilfe für die Oberschlesier dienen soll. Das deutsche Lied soll den deutschgesinnten Oberschlesiern Hilfe bringen. Wir appellieren an die Opferwilligkeit für diesen vaterländischen Zweck und ersuchen um zahlreichste Beteiligung an der Veranstaltung. 1479

Rastatt, den 22. Juni 1921.
Das Bürgermeisteramt.
Renner. Zoller

Pfannkuch & Co

Eingetroffen:
Ein Wagon
Trauben-zucker
Pfd. M 4.40
bei 10 Pfund
M 4.30
zu Einmachzwecken für Marmelade usw., 4786
für Konditoreizwecke und zur Zubereitung von Most besonders geeignet.

Pfannkuch & Co

Neue Angebote

zu aussergewöhnlich niedrigen Preisen!

Künstler-Decken
bedruckt, nach neuen Entwürfen für Haus und Garten

90× 90 cm	48.50
90×130 cm	58.00
130×130 cm	88.00
140×140 cm	98.00
160×160 cm	125.00
160×200 cm	158.00

Verkauf im Parterre.

Besichtigen Sie unsere Schaufenster.

Schuhwaren

Verkauf 1. Stock — **Einige Beispiele:** — Solange Vorrat

Kinderstiefel bequeme Form: 25–26 **49.50**, 27–30 **54.50**, 31–35 **59.50**
braun, Leder, gute Sohle: 22–24 **39.50**, 25–26 **44.50**

Damen-Halbschuhe Boxcalf mit Lackkappen Paar **75.00**
Damen-Stiefel mit hohem od. nied. Schaft **78.50**

Besonders billig!
Damen-Lackleder-Schnür- u. Spangenschuhe sowie **Halbschuhe** mit Lackkappen, moderne Formen Paar **125.00**

Weiße Schnür- und Spangenschuhe mit weiß. Absätzen hübsche Formen Pr. **59.50**
Herren-Stiefel hübscher Straßenstiefel mit Lackkappen Paar **118.50**
Damen-Stiefel braun Boxcalf, ca. 20–21 cm hoch **148.50**

KNOPF

4842

Pfannkuch & Co

Wir empfehlen:
Zapf's, Heinen's u. Breisgauer Most-Ansatz
in Portionen zu 50, 100 u. 150 Liter mit und ohne Süßstoff. 4839
Hierzu
Trauben-Zucker
Pfund Mark 4.40
bei 10 Pfd. 4.30

Pfannkuch & Co

Schneiderin
empfiehlt sich in allen Facharbeiten. Schnellste Bedienung. **Lohring**, Lachnerstraße 8, Hth. 4832

Billige Möbel!
Wegen Platzmangel werden große moderne
Schlafzimmer mit Toilettspiegel zu 1800 M, schöne Pitschpine imit. Küche, kompl. zu 1250 M, gebraucht. Schlafzimmer mit Röste und Matratze 1500 M, eintürige und zweitürige Schränke, Kommoden, Schreibtische, kompl. Betten, schweres Eßzimmer Büffett und Credenz, Salon auf Seide, Bücherschrank, 4836
Diplomat-Schreibtisch,
sehr billig zu verkaufen.
Kaiserstr. 69
Ecke Waldhornstraße
Krämer's Möbelladen.

Eiserne
Kinderbettstelle
mit Matratze billig abzugeben.
Luisenstraße 91, III.

2 Enten
einjährig, zu verkaufen.
Im Grün 19, Gartenstadt

Freie Turnerschaft (E.V.) Karlsruhe.
Abteilung Südstadt.
Freitag, 24. Juni, abends
Abteilungs-Versammlung
bei Mitglied Volz zum **Kühlen Grund**, Winterstraße. Erscheinen aller Mitglieder der wichtigen Tagesordnung wegen ist unbedingt notwendig.
4851 **Der Turnrat.**

Bad. Landestheater
Donnerstag, 23. Juni
7 bis geg. 10 Uhr, M 17.—
Volksbühne O 5 1478
Der Wildschütz.

3 neue **Herrenanzüge**
billig zu verkaufen. 4797
Werderstr. 28, III. links.

Gehrockanzug,
Cutaway-Anzug und **Sacco-Anzug,** alle mittl. Größe und gut erhalten, **zu kaufen gesucht.**
Preisangebote unter Nr. 1822 ins Volksfreundbüro.

Kragen
-Wäscherei Schorpp
liefert schnellstens
Annahmestellen:
Karlsruhe:
Bernhardstraße 8
Kaiserstr. 34 u. 243
Gerwigstraße 46
Amalienstraße 15
Waldstraße 64
Wilhelmstraße 32
Augustastraße 13
Schillerstraße 18
Kaiserallee 37
Gabelsbergerstr. 1
Rheinstraße 18.
Durlach: 3478
Hauptstraße 15.

STADTGARTEN

Freitag, den 24. Juni, abends 8 Uhr
Johannis-Feier
Doppel-Konzert
Feuerwehr- u. Bürgerkapelle u. Musikverein Harmonie
Bei Einbruch der Dunkelheit:
Kunst-Feuerwerk
(Feuerwerkstechniker Wilhelm Fischer, Cleebronn)
Anschließend:
Johannisfeuer auf dem See und
Bengalische Beleuchtung der Anlagen
Eintrittspreise: Jahreskarteninhaber 2 Mk., Sonstige Personen 3 Mk. (einschließlich Lustbarkeitssteuer). Kinder je die Hälfte. Programm **60** Pfg.
Bootsbenützung während des Feuerwerks (½9–½10 Uhr) **5 Mk. für die Person.**
Vorverkauf von Eintrittskarten beim Verkehrsverein und an den Schalterkassen des Stadtgartens, von **Bootskarten** nur an der Schalterkasse westlich der Festhalle.
Zugänge am Festabend: Stadtgarteneingänge westlich und östlich der Festhalle, Südeingang gegenüber dem Hauptbahnhof, Eingang beim früheren Bahnwartshäuschen Ecke Beiertheimer Allee und Neue Bahnhofstrasse, und Eingang beim Verwaltungsgebäude des Gartenamts, Ettlingerstrasse 8.
Belegen von Plätzen verboten.
Der Tiergarten wird mit Einbruch der Nacht gesperrt.
Bei schlechtem Wetter wird die Veranstaltung auf Samstag, den 25. Juni d. J., verlegt. Sollte das Wetter auch an diesem Tage ungünstig sein, so findet abends 8 Uhr Konzert im grossen Festhallesaal statt, während das Feuerwerk im Garten gleichwohl abgebrannt wird. In diesem Falle wird das Publikum zum Beginn des Feuerwerks durch ein Trompetensignal in den Garten gerufen. 1458

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, dass unser guter, lieber Sohn und Bruder
Hermann Bellemann
Betriebsleiter
im Alter von 28 Jahren nach kurzem aber schwerem Leiden im Krankenhaus zu Göppingen sanft entschlafen ist.
Aue bei Durlach, den 23. Juni 1921.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Amalie Bellemann, Witwe
Alfred Bellemann
Lisel Bellemann.
Die Beerdigung findet am Donnerstag abend ½7 Uhr in Aue statt.
Trauerhaus Luisenstrasse 1. 4852

Trauerhüte
in jeder Preislage stets vorrätig
S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Chaiselongues
neue, von **300 Mk.** an.
Köhler, Schützenstraße 25.

Kragen
-Wäscherei Schorpp
liefert schnellstens
Annahmestellen:
Karlsruhe:
Bernhardstraße 8
Kaiserstr. 34 u. 243
Gerwigstraße 46
Amalienstraße 15
Waldstraße 64
Wilhelmstraße 32
Augustastraße 13
Schillerstraße 18
Kaiserallee 37
Gabelsbergerstr. 1
Rheinstraße 18.
Durlach: 3478
Hauptstraße 15.

Neue Küchen, Büfett, Kredenz, Tisch, 2 Hocker, hell eichen lackiert 985 Mk., große Kleiderschränke, billige lackierte Schlafzimmer zu verkaufen. 4698
L. Graf, Rüppurrerstraße 24a, 4. Stock.

Die weltberühmten Passionsspiele 4819
auf der größten Freilichtbühne der Welt, 200 Meter breit, 100 Meter tief, in **Freiburg i. Br.** (unter Zugrundelegung des alten Oberammergauer Urtextes) unter Leitung und Mitwirkung der berühmten bayrischen Christus- und Judasdarsteller, Brüder Adolf und Georg Faßnacht. — Flächeninhalt der Festspielanlage 40 000 qm. — Spieltage vom 16. Juli ab jeden Mittwoch, Samstag und Sonntag, sowie an den Feiertagen bis Ende September. Anfang 1½ Uhr, Ende 7 Uhr. 1500 Mitwirkende. Auskunft und Prospekte kostenlos durch B. Gotthart, Freiburg i. Br., Kaiserstraße 132, Fernruf 879. Schulen und Vereine erhalten Preisermäßigung. **Die Festleitung.**

Baubund-Möbel
WOHN- UND ESSZIMMER
HERREN-ZIMMER
SCHLAFZIMMER
KÜCHEN etc.
in solider Ausführung, den veränderten Zeitverhältnissen in Bezug auf Preis u. Formgebung angepaßt.
Verkauf gegen bar und erleichterte Zahlungsbedingung bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft
Badischer Baubund G. m. b. H.
Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22
Eckhaus Rondellplatz. Fernsprecher 5157.
Tägl. geöffnet: vorm. 8–12, nachm. 2–6 Uhr.

Sämtliche
Schirm-Reparaturen
werden prompt und billig ausgeführt bei
Franz Dornheim, Schützenstraße 38

Zentralverband d. Hausangestellten Karlsruhe.
Jeden Tag, mit Ausnahme von Samstag und Sonntag, nachmittags ½5 bis ½7 Uhr Sprechstunden im Büro, **Putlitzstr. 16, Hth. III.** 3188
Hausangestellte, Putz-, Wasch-, Monatsfrauen, Hausmeister, Hausdiener benützet die Sprechstunde.

Ein Posten Baumwolltuch
gute Qualität, ca. 82 cm breit, gedeckte Farbe, zu Mk. **10.—** per lfd. Meter.

Der Verkauf der **Knaben-Anzüge** geht weiter 4838

Landw. Vertriebs-Ges. m. b. H., i. L.
Karlsruhe i. B. — Kaiserstr. 158 III.

Das ganze Jahr hindurch
Wiederherstellung aller beschädigten Puppen 4691
Karlsruher Puppenklinik
H. Bieler Kaiserstr. 223
zwischen Douglas- und Hirschstraße.

Vereinsbedarf
Diplome, Eichenkränze, Festabzeichen, Saaldekorationen, Tombola-Lose, Tanzkontroller, Eintrittskarten empfiehlt
Bernhard Müller Luxus-Papierhandlung und Versand
Telephon 5366 **Karlsruhe** Kaiserstr. 235.

Reparaturen an Uhren Gold- und Silberwaren unter Garantie bei 4430
Carl Zepfel, Uhrmacher, Morgenstr. 12.

Bruchsaler Anzeigen.

Kohlen-Ausgabe.
Ab Freitag, den 24. ds. Mts. werden bei nachstehend aufgeführten Kohlenhandlungen auf die Monatsmarken Juli Abschnitt 1 für Küchen- und Zimmerbrand Brennmaterial abgegeben:
Bei J. Bechtold
an die Kunden von Nr. 1 bis Nr. 300 je ein Zentner Braunkohlenbrikett und ein Zentner Nußkohlen.
Bei E. Eberhardt
an die Kunden von Nr. 291 bis Nr. 541 und von Nr. 1 bis Nr. 150 je zwei Zentner Braunkohlenbrikett.
Bei J. Hemberger
an die Kunden von Nr. 1 bis Nr. 250 je ein Zentner Eßnußkohlen und ein Zentner Braunkohlenbrikett.
Bei J. Schwaninger
an die Kunden von Nr. 1 bis Nr. 215 je ein Zentner Eßnußkohlen und ein Zentner Braunkohlenbrikett.
Das Brennmaterial muß bis zum 4. Juli abgeholt sein, andernfalls dasselbe an weitere Kunden abgegeben wird. Auf Wunsch wird das Brennmaterial den Kunden durch die Kohlenhandlungen zugeführt. 1482
Bruchsal, den 23. Juni 1921.
Ortskohlenstelle.

Küchen-Einrichtungen
Einzelschränke, Tische, Stühle, Hocker
Schlafzimmer-Einrichtungen
Einzelbetten, Ia Patent-Röste u. Ia Matratzen, 3teil. mit Keil, Divans, Chaiselongues, Ausziehtische und sonstige Einzelmöbel empfiehlt **sehr preiswert**
Möbelhaus Schaeffer, Durlach
Hauptstrasse 81
Haltestelle der Elektrischen: Bahnhof.
Freie Zufuhr. 4846

In einer Stunde vertilg. Sie unt. **Garantie** Kopf-, Filz- u. Kleider-**Läuse** s. Brut (Nissen), Flöhe bei Mensch. u. Tieren **„Kampolda"** pat. gesch. Mitt. Wunden unschädl. Nichterfolg Geld zur. Nur echt in Pack. von der **Ungeziefer-Vertilg.-Anstalt** Essen. Für 3 Person. ausreichend. Obiges Mittel empfiehlt Friseur **C. Hollstein,** Herrenstraße 6. 1188

Auf 1. Juli suchen wir eine **zuverlässige**
Zeitungs-Trägerin
für die **Weststadt.**
Geeignete Bewerberinnen wollen sich bei uns melden.
Geschäftsstelle des „Volksfreund"
Luisenstraße 24.